



Nr. 3

März 2007
Jahrgang 59
D 4713

metall

Das Monatsmagazin der IG Metall

PLUS IST MUSS

TARIF 2007

Warum wir mehr verdient haben



Foto: IG Metall / Renate Schildhauer

Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall

Jetzt sind die Arbeitnehmer dran

Die Ausgangslage ist klar: Die Wirtschaft in Deutschland brummt, die Daten werden fast täglich nach oben korrigiert. Noch nie wurden in der Metall- und Elektroindustrie so viele Waren hergestellt wie heute, noch nie so produktiv gearbeitet. Und noch nie haben die Arbeitgeber so wenig für Löhne und Gehälter ausgegeben. Nur noch jeder sechste Euro vom Umsatz wird für Löhne und Gehälter ausgegeben, Mitte der 90er Jahre war es noch jeder vierte.

Rekordumsätze und Rekordergebnisse prägen das derzeitige Bild in diesen Branchen. Die Auftragsbücher für 2007 sind voll. Ergebnis: Allein in den 40 beschäftigungsstärksten börsennotierten Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie erwarten wir eine Gewinnsteigerung zwischen 2005 und 2007 um sagenhafte 60 Prozent.

Es läuft so gut, dass selbst die Arbeitgeber Schwierigkeiten haben, ihre Lage als schlecht darzustellen. Deshalb bieten sie uns schon vor Beginn der Verhandlungen eine Einmalzahlung als Konjunkturbonus. Doch was so gönnerhaft daher kommt ist eine Mogelpackung.

Preiserhöhung und Produktivitätssteigerungen gibt es auch nicht einmalig, um dann auf Vorjahresniveau zu sinken. Deshalb brauchen wir Prozente, die nachhaltig wirken und keine Einmalzahlungen.

Die Beschäftigten wollen ihren berechtigten Anteil vom Erarbeiteten. Die Bruttomonatslöhne sind gesamtwirtschaftlich seit 2000 um 6,2 Prozent gestiegen, die Einkommen aus Gewinn und Vermögen jedoch um satte 37,5 Prozent. Wir wollen, ja wir müssen dazu beitragen, diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Nachhaltig und nicht einmalig.

Mehr Geld, das ist sozial und moralisch geboten. Es ist aber auch volkswirtschaftlich notwendig. Der Aufschwung hängt derzeit fast ausschließlich vom Export ab. Das ist gefährlich. Wir wollen die Standfestigkeit des Aufschwungs absichern, indem wir die Kaufkraft im Inland stärken. Das sichert Arbeitsplätze und Beschäftigung. Auch darum gilt: Plus ist Muss – 2007 sind die Arbeitnehmer dran.

Jürgen Peters

»Preiserhöhungen und Produktivitätssteigerungen gibt es auch nicht einmalig, um dann wieder auf Vorjahresniveau zu sinken. Deshalb brauchen wir Prozente die nachhaltig wirken und keine Einmalzahlungen.«

Rente mit 67

Über 300 000 Metallerrinnen und Metaller ließen sich in den vergangenen Wochen über die Rente mit 67 informieren und protestierten gegen die Pläne der Bundesregierung.

Seite 4



Logo: Speer und Rogal



Foto: J. / R&A

Arbeiterinnen ohne Recht

Die Arbeitsbedingungen bei Elektronikzulieferern in China sind auf unterstem Niveau. Dennoch wollen die Europäische und US-amerikanische Handelskammer, dass das so bleibt.

Seite 12

Aus der Redaktion

Seite dem 1. Januar gibt es für neugeborene Kinder das so genannte **Elterngeld**. Mütter oder Väter können zur Betreuung ihrer Babys zu Hause bleiben und bekommen für diese Zeit vom Staat Geld. Zu diesem Thema hat die Redaktion sehr viele Anfragen erhalten. In dieser Ausgabe stellen wir im Ratgeber die wichtigsten Inhalte des Gesetzes zunächst vor (Seite 24). Damit sind aber noch nicht alle Fragen beantwortet. Deshalb haben wir uns entschlossen, zusammen mit dem Funktionsbereich Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall wieder eine **Telefonaktion** zu starten (siehe Seite 25). Am 13. März von 16 bis 18 Uhr sollen unsere Leserinnen und Leser die Möglichkeiten erhalten, kostenfrei Antworten auf noch offene Fragen zu diesem neuen Gesetz zu bekommen. Expertinnen und Experten stehen Frage und Antwort. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme. ◀

Editorial

Jürgen Peters über
die Tarifrunde 2

Magazin

Rente mit 67: Aktionen gehen weiter 4
Siemens: Schmiergeld an AUB? 5
8. März: Vorwärts und nicht zurück 6
Airbus: Belegschaft wehrt sich 7

Titel

Tarifrunde 2007:
Warum wir mehr verdient haben 8

China

Rechtlose Arbeiterinnen 12

Serie über Europa

Frauen in Osteuropa 14

Porträt

Zu Besuch bei
Züleyha Uçar 15

Renten-Debatte

»Bild« gegen gesetzliche Rente 16

Reportage

Damit die Armut nicht in die Betriebe kommt 17

Automobilindustrie

Öko-Auflagen als Chance 20

Ratgeber

Elterngeld: Ersatzlohn fürs Baby 24
Ruhrfestspiele 26

Rätsel

Monats- und Drei-Monats-Rätsel 28

Monatsökonomin

Ulrike Herrmann über
Investivlohn 30

Regionales

Aus den Bezirken 32
Lokales/Karikatur 35
Impressum/Leserbriefe 22

Titel: Gudrun Wichelhaus/ Logo: weigertpirouzwolf

Die Ignoranz der Großen Koalition treibt die Menschen auf die Straße«, sagte IG Metall-Vorsitzender Jürgen Peters auf einer Kundgebung bei Opel in Rüsselsheim. Rund 4000 Beschäftigte hatten sich aus Protest vor dem Tor versammelt. Peters: »Ich appelliere an die Bundesregierung, diesen Unmut nicht zu überhören.«

Sicher ist: Der Protest geht weiter. »Wir werden den Gesetzgebungsprozess mit geeigneten gewerkschaftlichen Mobilisierungsmaßnahmen begleiten«, haben Jürgen Peters und Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, angekündigt. Bleibe die Bundesregierung bei ihrer »Verweigerungshaltung«, könne es Ärger bis zur nächsten Bundestagswahl geben. Die steht im Jahre 2009 an.

Im Namen des Volkes?

Dass ihre Abgeordneten in Berlin die betrieblichen Bedingungen ausblenden, hat viele Metaller in Rage gebracht. »Wir akzeptieren nicht, dass Bundestagsabgeordnete der Regierungsparteien bei Betriebsbesuchen feststellen, dass man an diesen Arbeitsplätzen nicht bis 67 arbeiten kann, aber dennoch an der Rente mit 67 festhalten«, ärgert sich Matthias Wilhelm, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Peine. Aus Protest haben 200 Stahlarbeiter der Peiner Träger GmbH neben dem Werk einen Betriebsfriedhof eingeweiht. Die Satire-Aktion soll darauf aufmerksam machen, wie hart heute gearbeitet wird. Wilhelm: »Muss es wirklich soweit kommen, dass die Kollegen beim Arbeiten umfallen, und wir sie im Sarg gleich zu ihrer Beisetzung tragen?«

Rund 20 Betriebsratsmitglieder aus dem Raum Minden sind sogar nach Berlin gefahren, um ihre Bundestagsabgeordneten zur Rede zu stellen. Weil Haushaltsexperte Steffen Kampeter (CDU) kniff, traf Staatssekretär

Aktionen gegen »Rente mit 67«

Der Protest geht weiter

Mehr als 300 000 Metallesinnen und Metaller haben seit Dezember bundesweit gegen die geplante Rente mit 67 protestiert. Bleibt Schwarz-Rot stur, gibt es weitere Aktionen.

IG Metall-Vorsitzender Peters bei Opel in Rüsselsheim, Proteste auf der Stralsunder Volkswerft: »Nicht bis 67 arbeiten«



Foto: picture-alliance / dpa / May



Foto: picture-alliance / dpa / Sauter

Lothar Ibrügger (SPD) der Unmut aus den Betrieben. »Rente mit 67 ist sozial ungerecht«, sagte Reinhard Spilker, Betriebsratsvorsitzender bei Ima-Klessmann (Lübecke), »Ein wichtiger Reformschritt wäre die Bürgerversicherung.« Als Antwort kamen nur »ausschweifende Ausführungen«.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund trug den Protest ins »politische Berlin«. Als am 26. Februar im Bundestag die Anhö-

rung zur Rente mit 67 lief, waren Zuhörer »in typischer Arbeitskleidung« mit dabei. Draußen hatten Gewerkschafter eine Alternativ-Anhörung organisiert (Motto: Rente mit 67 – im Namen des Volkes?) und die gewerkschaftlichen Alternativen bekräftigt. Flexibler Renteneintritt nach 40 Versicherungsjahren, spätestens mit 65, die Verlängerung der Altersteilzeit und eine Erwerbstätigenversicherung, in

die alle einzahlen heißen die Alternativen. Höhere Beiträge in die Rentenversicherung sind für die IG Metall auch kein Tabu: Schon um 0,25 Prozentpunkte höhere Beiträge, jeweils für Beschäftigte und Arbeitgeber, würden die Rente mit 67 erübrigen. Am 9. März steht im Deutschen Bundestag die zweite und dritte Lesung des umstrittenen Gesetzes an. ◀

Fritz Arndt



Drei von sechs Betriebsräten, die vor Gericht stehen: Stephan Flues, Ibrahim Ayaz und Nadja Plihts wehren sich

Louis Renner

Sechs Betriebsräte vor Gericht

Die Firma Louis Renner will unbequeme Betriebsräte los werden. So nicht, sagt die IG Metall.

Am 5. März wird es vor dem Stuttgarter Arbeitsgericht zwei denkwürdige (Güte-)Termine geben: Zuerst wird die fristlose Kündigung von drei Betriebsräten von Louis Renner in Gärtringen verhandelt. Später stehen drei andere Mitglieder des Betriebsrats und Nicht-Metaller vor Gericht. Die haben dem

Rauschmiss der drei ersten zugestimmt – und das war unzulässig, so Detlef Schwoon von der Stuttgarter IG Metall. Deshalb droht ihnen die Amtsenthebung.

»Die Kündigung der Betriebsratsvorsitzenden, ihres Stellvertreters und eines weiteren Betriebsratsmitglieds ist rechtswidrig«, sagte Schwoon. Als Begründung dienten fadenscheinige Vorwürfe. Das Klima in dem Betrieb für Klaviermechaniken

aus Holz mit über 80 Beschäftigten ist schon länger vergiftet, sagte Schwoon: »Der Geschäftsführer mag es nicht, wenn man ihm widerspricht.« Seitdem die Betriebsräte die Tarifverträge einhielten, habe es Stress gegeben. Die IG Metall musste schon ein Verfahren wegen Behinderung des Betriebsrats anstrengen. Im neu gebildeten Betriebsrat hat jetzt die Geschäftsleitung die Mehrheit. ◀

Außenansicht

Eurobetriebsräte

Kein zahnlöser Tiger

Grenzenlose Solidarität kann in Zeiten einer globalisierten Wirtschaft keine leere Floskel bleiben. Das haben Arbeitnehmervertreter längst erkannt, und sie haben reagiert: In der Metallindustrie arbeiten zurzeit 270 Europäische Betriebsräte (EBR).

Natürlich läuft die europäische Zusammenarbeit nicht immer ohne Konflikte. So gab es bei Airbus Diskussionen um eine Studie, nach der französische Standorte produktiver seien. Doch der EBR konnte den Streit beilegen. Die europäische Zusammenarbeit ist ein Lernprozess. Sich nicht gegenseitig ausspielen lassen, heißt die Devise, die in der Praxis nicht immer ganz einfach ist.

Gerade deshalb spielt der EBR eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung von grenzüberschreitenden Aktionen gegen Stellenabbau. Unterstützt wird er dabei von EBR-Koordinatoren des Europäischen Metallgewerkschaftsbunds.



Peter Scherrer, Generalsekretär beim Europäischen Metallgewerkschaftsbund, Brüssel

Die Eurobetriebsräte geben oft den Anstoß zu europäischen und weltweiten Vereinbarungen zum Schutz von Arbeitnehmerinteressen. Bei Areva wurde eine europäische Vereinbarung zum Schutz der Schwerbehinderten abgeschlossen. Bei PSA gibt es eine europaweite Vereinbarung bei Restrukturierungen. Der Eurobetriebsrat ist kein »zahnlöser Tiger«, wie ihn deutsche Betriebsräte oft bezeichnen. Es kommt darauf an, was man daraus macht. ◀



PFLAUME DES MONATS

Peter Ramsauer

Aus Bayern kommen echte Mannsbilder, die tagelang Bierhumpen stemmen und es krachen lassen, bis die Bierzelte wackeln. Solche **gestandenen Kerle** kann nichts erschüttern – wirklich gar nichts? Doch – eine Frau. Ausgerechnet die CDU-Familienministerin Ursula von der Leyen erschreckte **Ramsauers Peter** bis ins Mark. Sie sagte nur einmal: »Buh – mehr Krippenplätze«, und

schon sprang der CSU-Landesgruppenchef mit einem spitzen Schrei – »iihhh, Sozialdemokratisierung« – in die Luft. Der Plan der Familienministerin, die Zahl der Krippenplätze zu verdreifachen, sei nicht seine Familienpolitik, jammerte Ramsauer im »Münchner Merkur«. Wenn es um Familienpolitik geht, werden aus waschechten Bayern wachsweiße Mutter-söhnchen.

Siemens

Schmiergeld an AUB?

Die Büros der »Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger« (AUB) bei Siemens sind von der Staatsanwaltschaft durchsucht worden. Der Verdacht: Zahlungen der Geschäftsleitung in Millionenhöhe an den AUB-Vorsitzenden Wilhelm Schelsky. Die AUB-Betriebsräte haben in der Vergangenheit die IG Metall und ihre Betriebsräte auf das Heftigste bekämpft. »Dabei hat sie den Siemens-Beschäftigten vorgegaukelt, »unabhängig« zu sein«, ärgert sich Dieter Scheitor, beim IG Metall Vorstand zuständig für Siemens. ◀

Köpfe

Johannes Klenk (25), Student der Erziehungswissenschaften in Tübingen und Mitglied der IG Metall, hat eine Klage gegen die Einführung von Studiengebühren im Ländle eingereicht. Baden-Württemberg kassiert ab März diesen Jahres 500 Euro – je Semester und Student. Für Klenk laufen die Gebühren dem Internationa-



FOTO: IM

len Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zuwider. Er wurde 1966 von der Bundesrepublik ratifiziert – auch, um allen ein unentgeltliches Studium zu ermöglichen. Die IG Metall übernimmt die Kosten der Musterklage. ◀

Werner Schreiber, langjähriger Hauptkassierer der IG Metall, ist kurz vor der Vollendung seines 57. Lebensjahres gestorben. Der gelernte Industriekaufmann stammte aus Witten und war von 1988 bis 1996 Hauptkassierer der IG Metall. Von 1996 bis zu seinem Tod war Werner Schreiber Verwaltungsleiter der Kritischen Akademie in Inzell. ◀

Heribert Karch, Geschäftsführer der Metall-Rente, kann sich freuen: Auch im Jahr 2006 boomte das Ver-



FOTO: METALLRENTE/ST. POLMUTZ

sorgungswerk der Metall- und Elektroindustrie und erzielte hohe Zuwachsraten. Metall-Rente konnte im vergangenen Jahr 39 674 neue Verträge in der kapitalgedeckten zusätzlichen Altersvorsorge bilanzieren und verdoppelte damit sein Vorjahresergebnis. ◀

Weitergehen! Zwei Schritte vor. Keinen zurück.

INTERNATIONALER FRAUENTAG 8. MÄRZ 2007



Internationaler Frauentag am 8. März 2007

Vorwärts und nicht zurück

Die Botschaft ist eindeutig. »Weitergehen! Zwei Schritte vor. Keinen zurück.« Unter diesem Motto feiern die Gewerkschaftsfrauen den internationalen Frauentag am 8. März. Denn trotz aller Fortschritte, erlebten und erleben Frauen auch immer wieder Rückschläge und Stillstand.

Beim Einkommen ändert sich seit Jahren nichts. Noch immer verdienen Frauen deutlich weniger als Männer mit ähnlicher Qualifikation. Das belegte erst kürzlich der WSI-Frauenda-

tenreport. Am besten verdienen Frauen in der Rechtsberatung. Doch Rechtsanwältinnen liegen mit ihrem Einkommen immer noch 400 Euro unter den Physikern, die bei den bestbezahlten Männerberufen auf Platz zehn liegen.

Wie verkrustet das deutsche Frauenbild noch immer ist, zeigt sich auch in der Politik. Das Steuerrecht begünstigt einseitig das Ernährermodell. Mangelhafte Kinderbetreuungsangebote und die Moralkeule »Raben-

mutter« machen berufstätigen Frauen die Entscheidung für Kinder noch immer schwer.

Das Rollenbild, das Frauen in erster Linie als natürliche Sachverwalterinnen von Haushalt, Kindern und Pflegebedürftigen sieht, war nach Ansicht der Gewerkschaftsfrauen bereits im 20. Jahrhundert völlig veraltet. Mit dem Motto des Frauentags wollen sie eine Kampagne starten gegen dieses Frauenbild, das von Frauen viel verlangt, aber ihnen wenig bietet. ◀

Loewe

Versprechen gehalten

Der TV-Hersteller Loewe hat die Ertragswende erreicht und hält Wort gegenüber der Belegschaft. Im April bekommen die Mitarbeiter gestundetes Gehalt mit 25 Prozent Verzinsung zurück. Loewe war 2003 in eine bedrohliche Schieflage geraten, weil es den Trend zu Flachbildschirmen erst spät erkannt hatte (siehe **metall** 6/2006). Die rund 1000 Mitarbeiter verzichteten im Rahmen eines Sanierungstarifvertrags ent-

weder auf ein volles oder ein halbes Monatsgehalt. Dank der guten wirtschaftlichen Entwicklung zahlt das Unternehmen früher als geplant die gestundeten Löhne und Gehälter zurück. Vor allem die Fußball-WM hatte die Nachfrage angeheizt. Ende des vergangenen Jahres wurden deshalb 60 Mitarbeiter eingestellt. Loewe sei ein Beispiel eines fairen Umgang miteinander, erklärte Jürgen Apfel von der IG Metall Coburg. ◀



FOTO: PICTURE-ALLIANCE / dpa / F. HUBER

Flachbildschirme am laufenden Band: »Geschäftsführung hielt Wort«

Pfleiderer

Guter Tarif-Auftakt

Einen Tarifaabschluss gibt's bereits: Er ist nicht nur ungewöhnlich früh, sondern auch ungewöhnlich hoch. 13,2 Prozent mehr Geld erhalten die Beschäftigten im Faserplattenwerk von Pfeleiderer im brandenburgischen Baruth seit Januar. 2008 werden weitere 7,1 Prozent draufgelegt. Statt 9,89 Euro erhält ein Facharbeiter dann zwölf Euro als Ecklohn. Es ist der erste Tarifvertrag, der je für dieses Werk abgeschlossen wurde. Geschenkt wurde er den Beschäftigten nicht. Erst nach einem Jahr Gesprächen, einem Warnstreik fast der kompletten Belegschaft sowie Abmahnungen, die die Firma später wieder zurückziehen musste, war Pfeleiderer bereit zu verhandeln. Jetzt zahlt das Unternehmen zusätzliches Urlaubs- und Weihnachtsgeld nebst Mehrarbeits- sowie anderen Zuschlägen, die es vorher nicht gab. ◀

Rassismus

»AUSLÄNDER HABEN VIEL GELEISTET«

Unter dem Motto »Alle anders – alle gleich« läuft vom 17. bis 25. März die Internationale Woche gegen Rassismus. Die Aktion soll darüber aufklären, dass Ausländer in Deutschland diskriminiert werden. **metall** sprach mit Francesco Garippo, Betriebsratsmitglied bei Volkswagen in Wolfsburg.

metall: Hat die Fußball-WM ein reales Bild vom toleranten Deutschland gezeigt?

Garippo: Ja, da gaben sich viele offen, das war sehr schön. Aber es gibt auch das andere Bild. Schon wie die Medien vor dem Italienspiel der Deutschen Stimmung gemacht haben, war erschreckend. Und dass Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus zunehmen, ist unbestritten. Wir in Wolfsburg nutzen den 21. März, über solche Tendenzen zu informieren. Alle, Betriebsrat und Vertrauens-



Foto: Susanne Hübner

Betriebsrat Francesco Garippo: »Mehr Toleranz«

körper, sollten öffentlich gegen Rassismus angehen. Und zwar, bevor ein Brand entsteht.

metall: Werden in den Betrieben Ausländer diskriminiert?

Garippo: Offen und verdeckt. Ich höre bundesweit von ausländischen Kollegen, dass ihre Kinder bei Bewerbungen durchgefallen

sind und keine Erklärung finden. Da mache ich mir Gedanken. Rund 40 Prozent der ausländischen Jugendlichen bekommen keinen Ausbildungsplatz, das kann nicht sein.

metall: Offene Diskriminierung?

Garippo: Die gibt es auch, beispielsweise, wenn Kollegen als

Ausländer beschimpft, nicht in Diskotheken kommen oder sich bei der Personalauswahl benachteiligt fühlen. Betriebsräte dürfen so etwas nicht durchgehen lassen.

metall: Müsste die Politik mehr gegen Rassismus tun?

Garippo: Ja, vor allem müssten Politiker darüber aufklären, was wir Ausländer mit unserer Arbeit Deutschland gegeben haben. Es muss klar werden: Ausländer gehören zu unserer Gesellschaft, und je offener wir zusammen leben, um so besser ist es.

metall: Und wie sollte die Rolle der Gewerkschafter aussehen?

Garippo: Auch ausländische Vertrauensleute können mitgestalten und sich politisch engagieren. Wir Betriebsräte haben etwa bei der Wohnungsvergabe dafür gesorgt, dass sich keine Ausländer-Ghettos bilden. Das hat das Zusammenleben gefördert.

Airbus

Die Arbeitnehmer wehren sich



Foto: picture-alliance / dpa / Wagner

Airbus-Beschäftigte in Bremen: Der Konzern ist kein Sanierungsfall

Was wird aus der europäischen Erfolgsstory Airbus? Die Beschäftigten in Deutschland und Frankreich sind verunsichert. Bis zum Redaktionsschluss von **metall** lagen die Pläne von Konzernchef Louis Gallois noch nicht auf dem Tisch. Für die Arbeitnehmervertreter ist klar: Sie wollen um den Erhalt aller Standorte kämpfen.

Das kann nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen – etwa mit Aktionstagen in Frankreich und Deutschland. 24 500 Beschäftigte gingen Anfang Februar an den deutschen Standorten Laupheim, Bremen, Varel und Hamburg auf die Straße. »Das war erst der Anfang«, versicherte Betriebsratschef Rüdiger Lütjen. ◀

Sanmina

Wie bei BenQ?

Ein neuer Fall Siemens in Karlsruhe – es klingt wie bei BenQ: Vor etwa zwei Jahren verkaufte Siemens seine Leiterplatten-Fertigung an den amerikanischen Sanmina-Konzern. Unter neuem Namen Sanmina-SCI produzierten 270 Beschäftigte an alter Wirkungsstätte mitten im Siemens-Industriepark weiter. Im Februar wurde ihnen mitgeteilt, dass Schluss sein soll – bereits Ende März.

Die Beschäftigten arbeiteten vorher zum Teil mehr als 20 Jahre bei Siemens. Und finanzierten in den vergangenen beiden Jahren mit schmerzhaften Einschnitten die Umstrukturierungen bei Sanmina mit. »Nun sollen sie plötzlich vor dem Nichts stehen«, ärgert sich Karlsruhes Bevollmächtigter Angel Stürmlinger. ◀

Ausbildung

Mehr Stipendien

Die Hans-Böckler-Stiftung will mehr begabte junge Menschen aus ärmeren Familien zu einem Studium ermutigen. Dazu stockt sie ihr Stipendienprogramm deutlich auf. Die gewerkschaftsnahe Stiftung, die bisher vor allem Studierende mit Berufserfahrung gefördert hat, wendet sich nun auch erstmals direkt an Abiturienten, Fachabiturienten sowie Schülerinnen und Schüler, die kurz vor dem Abschluss stehen. Die Stiftung reagiert damit auf die soziale Ungleichheit beim Zugang zu den Hochschulen. Sie will verhindern, dass das Studium wieder zu einer Exklusiv-Veranstaltung für Kinder aus reichen Elternhaus wird. Mehr Infos unter: www.boeckler.de

► Studienförderung. ◀

Ich habe **mehr**

**PLUS
IST MUSS**

TARIF 2007

**Thomas Jansen,
46, Schiffbauer,
Flensburger
Schiffbaugesellschaft,
Flensburg**

»... meine Familie und ich auf einen kräftigen Einkommenszuwachs angewiesen sind. Mein Lohn ist seit Jahren real gesunken, weil die Kosten stärker gestiegen sind als die Tarifierhöhungen. Als Vater von fünf Kindern habe ich hohe Nebenkosten. Der Werft geht es so gut wie lange nicht mehr. Bis März 2011 sind die Auftragsbücher voll. Seit 1992

ist die Produktivität um über 140 Prozent gesteigert worden. Wir arbeiten gut und erwarten dafür jetzt auch gutes Geld. Von einer Einmalzahlung halte ich gar nichts, denn meine Kosten steigen ja auch dauerhaft und nicht nur einmal. Als Familienvater muss ich doch eine Sicherheit haben, dass mein Lohn auch in der Zukunft noch für uns reicht.«



Foto: Martin Jahr

**Katrin Ellinger, 22,
Betriebsrätin bei
Alstom Power
Service, Berlin**

»... auch meine Firma gut verdient. Die Arbeitgeber sagten uns in den letzten Jahren immer, wir sollten zurückstecken, und es gibt nur mehr Geld, wenn es dem Unternehmen gut geht. Der Fall ist jetzt eingetreten, die Auftragsbücher sind voll, und wir sehen täglich, dass viel zu tun ist. Preise, Steuern, Abgaben – alles ist gestiegen. Unsere Einkommen müssen da mithalten. Besonders liegen mir die Azubis am Herzen. Wenn wir für sie einen Festbetrag aushandeln könnten, wäre das vor allem für die unteren Lehrjahre gut.«



Foto: Transit-Berlin / v. Polentz

verdient, weil ...

Die Beschäftigten wollen mehr Geld. Jetzt, wo die Wirtschaft dank ihrer Arbeit boomt und die Experten sagen, dass das dieses Jahr so bleibt. Wo die Firmen dicke Gewinne machen und die Aktionäre über 20 Milliarden Euro einstecken – mehr als doppelt soviel wie 2004. Wo Benzin und Heizung und alle möglichen alltäglichen Dinge teurer werden. Wo die Bürger übers Jahr im Schnitt rund 285 Euro nur durch die Steuer- und Sparpolitik der Bundesregierung verlieren, wie die Verbraucherzentralen ausgerechnet haben. Der IG Metall-Vorstand hat den Tarifkommissionen am 6. Februar empfohlen, 6,5 Prozent mehr Geld zu fordern. Zwölf Monate soll der neue Tarifvertrag laufen. Arbeiter und Angestellte aus der Metallindustrie schildern, warum es gute Gründe für einen kräftigen Aufschlag auf den Lohn gibt.

Tarif-Fahrplan

Die nächsten Etappen

- **26. Februar:** IG Metall-Vorstand beschließt die endgültigen Tarifforderungen für die Metall- und Elektroindustrie und gleichzeitig für die Holz- und Kunststoffindustrie.
- **12. März:** Die erste Tarifrunde startet. Den Anfang macht Nordrhein-Westfalen.
- **14. bis 19. März:** In den anderen Tarifgebieten beginnen die Verhandlungen.
- **31. März:** Die Tarifverträge laufen aus.
- **28. April:** Im Westen endet die Friedenspflicht. Bundesweit sind Warnstreiks möglich.

Torsten Haaßengier, 34, Vertrauenskör-perleiter bei Westfälische Drahtwerke (WDI), Rothenburg/Saale

» ... in Anbetracht der guten Wirtschaftslage und der Unternehmensgewinne mehr Einkommen angemessen ist. Wir haben es auch nötig, mal etwas mehr in die Tasche zu bekommen als es uns an anderer Stelle wieder herausgezogen wird (durch die Mehrwertsteuer und andere Preissteigerungen). In den letzten Jahren blieb ja unterm Strich nichts übrig.«

Foto: Noorm / Schmidt



Silke Mey, 21, Industrie-elektronikerin, Vorsitzende der Jugend- und Auszubildendenvertretung, Fujitsu-Siemens, Sömmerda

» ... mich mein Betrieb hochqualifiziert ausgebildet hat und ich gut abgeschlossen habe. Momentan beteilige ich mich an den Haushaltskosten meiner Eltern, später möchte ich eine eigene Familie gründen. Daher ist es mir auch wichtig, dass wir in dieser Tarifrunde eine kräftige Tabellenerhöhung bekommen und uns nicht mit Einmalzahlungen abspesen lassen. Auch die Kosten für Handy, Internet und Freizeitgestaltung werden immer teurer, vor allem nach der Mehrwertsteuererhöhung.«

Foto: Inatentke





Foto: Gerhard Blank

**Agnes Viertler, 22,
Fertigungsmechani-
kerin bei Audi, Tür-
vormontage für den
A3, Ingolstadt**

»... wir bei Audi jedes Jahr riesige Gewinne einfahren. Davon sollen die Beschäftigten auch was haben. Die Kosten steigen, manche Familien kommen finanziell nicht mehr rum. Ich habe mir sogar schon überlegt, ob ich überhaupt Kinder haben will. Jetzt wohne ich noch bei meinen Eltern, aber nächstes Jahr will ich in meine eigene Wohnung ziehen. Dann wird das Leben teuer. In meiner Abteilung regen sich viele auf, weil das Geld immer weniger wird. Manche müssen ihre Häuser abbezahlen, die sind dann gleich im Minus. Wir sind alle der Meinung: Einen Abschluss unter 6,5 Prozent sollte es nicht geben.«

**Herbert Kasperek, 52,
stellvertretender
Betriebsratsvorsitz-
ender Liebherr,
Biberach**

»... wir Beschäftigte von Liebherr in Biberach mit unserer weiter intensivierten und gestiegenen Leistung in hohem Maß dazu beitragen, dass Liebherr ein Rekordjahr nach dem anderen erzielt. Und das mit zweistelligen Umsatz- und Ertragssteigerungen schon im dritten Jahr in Folge. Dies wird sich auch 2007 fortsetzen – nach aktuellen Prognosen

mindestens auf dem hohen Niveau von 2006. Es ist höchste Zeit, dass wir an diesem Erfolg teilhaben, der maßgeblich durch unsere Arbeit erzielt wird..«

**Gerald Poschar, 52,
Messmonteur,
Motorenfabrik Deutz
AG, Köln**

»... es der Firma wieder sehr gut geht. Das war ja nicht immer der Fall. Als es ihr schlecht ging, haben wir unseren Obolus geleistet, um das Werk über den Berg zu bringen. Jetzt fordern wir unseren Anteil am Erfolg. Wir produzieren am Limit, die Auslastung ist so hoch wie seit zehn Jahren nicht mehr, und die Deutz-Aktie ist 2006 um fast 150 Prozent gestiegen. Dass die Firmenleitung stolz auf ihre Mitarbeiter ist – schön und gut. Aber mit Stolz kriege ich meine Kinder nicht satt. Ich muss mit Geld einkaufen.«

Foto: Bernhard Raedt



Foto: Jürgen Seidel



Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall zur Tarifrunde

»6,5 PROZENT MEHR SIND FAIR«



Fotos: Markus Kirchgesner

In der Tarifrunde 2007 will die IG Metall 6,5 Prozent mehr Entgelt fordern. **metall** fragte Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, nach den Erwartungen der Mitglieder. Die Fragen stellten Werner Hoffmann und Sylvia Koppelberg.

metall: Der Vorstand der IG Metall hat am 6. Februar empfohlen, in den Verhandlungen 6,5 Prozent zu fordern. Wird die Tarifrunde 2007 eine reine Lohnrunde oder gibt es noch weitere Themen?

Berthold Huber: Mehr Geld steht diesmal eindeutig im Mittelpunkt. Die Gewinne der Metall- und Elektro-Unternehmen sind 2006 im zweistelligen Bereich gestiegen. Wir fordern, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerecht am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt werden. 6,5 Prozent mehr sind fair. Denn vom Profit müssen alle profitieren. Auch wenn wir diesmal keine qualitative Tarifforderung haben, arbeiten wir beständig daran. Die Abschlüsse zu mehr Qualifizierung aus dem letzten Jahr und die Era-Einführung müssen in den Betrieben umgesetzt werden. Und zwar so, wie es im Tarifvertrag steht.

metall: Warum brauchen die Beschäftigten mehr Geld?

Huber: Erstens weil die Preise steigen. Zweitens weil auch von Seiten der Politik Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern immer neue Belastungen aufgebürdet werden. Das fängt bei der Zuzahlung für Medikamente an und hört bei der privaten Altersvorsorge noch lange nicht auf. Dabei muss allen klar sein: Unsere Wirtschaft überlebt nur, wenn die Menschen trotzdem noch Geld in der Tasche haben, das sie auch ausgeben können. Denn ohne eine stabile Binnennachfrage gibt es keinen Aufschwung. Autos kaufen keine Autos. Diese Wahrheit gilt auch heute.

metall: Eine der Messlatten für die IG Metall ist die Inflationsrate. Will die IG Metall dieses Jahr auch einen Ausgleich für die höhere Mehrwertsteuer fordern?

Huber: Nein. Politische Entscheidungen haben auf die Höhe unserer Tarifforderung keinen Einfluss. Wir bewerten, wie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist und wir bewerten, wie es der Branche geht. Beides ist hervorragend. Wir haben eine stabile wirtschaftliche Aufwärtsbewegung. Die Produktivität der Metall- und Elektrobranche soll in 2007 um etwa 4,5 bis 5,5 Prozent steigen. Das sind gute Bedingungen für eine angemessene Entgeltforderung: nämlich 6,5 Prozent.

metall: Gesamtmetall wirft der IG Metall gern vor, sie würde ihre Tarifforderungen an den Leuchttürmen ausrichten. Sie müsse auch auf die Schwächeren Rücksicht nehmen. Stimmt der Vorwurf?

Huber: Er stimmt nicht. Wir orientieren uns am Branchendurch-

schnitt, nicht an den profitabelsten Betrieben. Dort wären nämlich wesentlich mehr als 6,5 Prozent drin. Auch die Behauptung, dass es nur den Großkonzernen gut geht, ist durch einen aktuellen Bericht der Deutschen Bundesbank widerlegt. Die Gewinne der kleinen und mittleren Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe – ein Großteil davon kommt aus der Metall- und Elektrobranche – sind 2003 und 2004 um 35 Prozent gestiegen. Auch für 2007 werden dort zweistellige Zuwachsraten vorher gesagt. Vom Wirtschaftsboom profitieren große, mittlere und kleine Unternehmen, also müssen auch alle Beschäftigten davon profitieren!

metall: Ein weiteres Argument der Arbeitgeber war in allen Tarifrunden der letzten Zeit, kräftige Lohnerhöhungen gefährdeten Arbeitsplätze in Deutschland...

Huber: ... das ist kein Argument, sondern ein jährlich wiederkehrendes Klagelied. Erstens fordern wir nie mehr als das, was wirtschaftlich auch drin ist. Zweitens steht die deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich hervorragend da. Die Arbeitgeber müssen vielmehr aufpassen, dass die hochqualifizierten Beschäftigten in Deutschland nicht irgendwann die Motivation verlieren und die innere Kündigung vollziehen. Wenn selbst in wirtschaftlichen Boom-Phasen jeder Prozentpunkt Entgelterhöhung mit lautem Gejammer kommentiert wird, fragen sich die Beschäftigten doch zu Recht, was sie den Unternehmern noch wert sind.

metall: Gesamtmetall-Chef Martin Kannegiesser will die Beschäftigten zwar an der guten Konjunktur und steigenden Gewinnen teilhaben lassen. Aber nur über eine einmalige »Konjunkturzulage«.

Huber: Der Vorschlag zeigt, wie weit sich einige Damen und Herren vom täglichen Leben der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entfernt haben. Mieten, Autos oder die Preise im Supermarkt steigen doch auch regelmäßig, nicht nur einmalig. Außerdem gilt: Die Produktivität – also das, was die Beschäftigten in den Unternehmen jedes Jahr mehr leisten – geht auch kontinuierlich nach oben. Darum ist klar: die Entgelterhöhung muss in die Struktur einfließen. Plus ist Muss – und zwar dauerhaft.



Berthold Huber: »Unsere Wirtschaft überlebt nur, wenn die Menschen noch Geld in der Tasche haben, das sie ausgeben können.«

Rechtlose Arbeiterinnen

Die Arbeitsbedingungen bei Elektronik-Zulieferern in China sind auf unterstem Niveau. Die Europäische und die US-Handelskammer wollen, dass das so bleibt.

Für Weng Bao und Wang Yu, zwei Journalisten der Zeitung »China Business News«, kam es vergangenen Herbst ganz dick. Sie hatten es gewagt, in ihrem Blatt über unmenschliche Arbeitsbedingungen beim taiwanesischen Auftragsfertiger »Foxconn« in der südchinesischen Freihandelszone Shenzen zu berichten. Dem weltweit drittgrößten elektronischen Vertragslieferanten, der für Markenfirmen wie Apple oder Hewlett Packard Elektronikteile produziert, ging das zu weit. Er verklagte die Autoren auf 3,75 Millionen US-Dollar Schadenersatz – wegen Diffamierung. Die Konten der Journalisten wurden eingefroren.

Dabei hatten sie nur die Wahrheit geschrieben. Denn Elektronik-Zulieferer wie Foxconn (31 Milliarden US-Dollar Gewinn in 2005/2006, rund 200 000 Beschäftigte in Shenzen und Kunshan) führen sich in Südchina wie Feudalherren auf. Mit Niedrigstlöhnen und unmenschlichen Arbeits-

bedingungen haben sie im Unterbietungswettbewerb den Tiefpunkt erreicht. China gilt als »globale Computerfabrik« und ist wichtigstes Herkunftsland für Elektroimporte nach Deutschland.

Chinesischen Beschäftigten beschert der Boom vor allem feudale Arbeitsbedingungen. Auf dem Papier ist die wöchentliche Arbeitszeit zwar auf 40 Arbeits- plus neun Überstunden begrenzt, der Mindestlohn in Shenzen auf umgerechnet 87 Dollar festgelegt. Doch die Elektronik-Zulieferer kümmert das kaum. »Jeden Tag lassen sie uns mehr als zwölf Stunden arbeiten«, berichtete eine Foxconn-Arbeiterin auf einem Internet-Blog, »danach müssen wir eine halbe Stunde still stehen und Reden hören. Viele werden ohnmächtig.« Die Arbeit sei so hart, dass bei vielen die Periode ausbleibe.

»Du darfst während der Arbeit nicht reden«, weiß eine Kollegin, »wenn Du erwischst wirst, gibt es eine Verwarnung und

eine Strafe über umgerechnet 3,75 US-Dollar; beim zweiten mal sind es 37,50.« Dabei verdienen die Beschäftigten umgerechnet zwischen 64 und 73 US-Dollar.

Nachts werden die Arbeiterinnen in Schlafsäle eingeschlossen. »Es ist wie in der Armee«, berichtet Foxconn-Fließbandarbeiterin Zing Lang, »Wir werden gezwungen, Überstunden zu machen ... einmal habe ich 15 Stunden am Stück gearbeitet, von acht Uhr morgens bis halb zwölf nachts.«

Arbeits- und Gesundheitsschutz? »Ich habe Farbe gemischt«, berichtet eine Arbeiterin, »einige Chemikalien waren giftig. Ich habe mitbekommen, dass 30 Prozent derjenigen, die damit gearbeitet haben, unfruchtbar geworden sind.«

Klagen abgewimmelt

Laut der Menschenrechtsorganisation »Weed« haben sich bereits im Jahr 2003 in mehreren chinesischen Fabriken des multinationalen Zulieferers »Goldpeak« (GP) 400 Arbeiterinnen mit Cadmium vergiftet. GP produziert Batterien für Laptop-Akkus. Als die Klagen von Arbeiterinnen abgewimmelt wurden, protestierten die Beschäftigten im vergangenen September auf der GP-Aktionärsversammlung in Hongkong. »Weed«-Aktivistin Sarah Bormann: »Auch Siemens wird von GP beliefert und steht in der Verantwortung.«

Nach Angaben der chinesischen Sozialwissenschaftlerin Pun Ngai profitieren amerikanische, europäische, japanische oder

»Zulieferer meist in ausländischer Hand«

metall sprach mit Pun Ngai, Professorin für Sozialwissenschaften an der Hongkonger Universität und Präsidentin der Organisation »Women Factory Workers in a Global Workplace«.

metall: Sie kennen die Arbeitsbedingungen der Elektro-Zulieferer aus eigener Erfahrung. Für wen haben Sie gearbeitet?

Pun Ngai: Als Studentin habe ich in einer Fabrik Mobiltelefone für Philips montiert. Die Woche hatte 60 Arbeitsstunden, das war das Übliche. Morgens um 8 Uhr ging es los, bis abends um 22 Uhr. Oft kamen auch noch Überstunden dazu, dann ging es bis 23, auch sonntags. Urlaub gab es keinen, und als Studentin auch keinen Lohn.

metall: Unterstützt die chinesische Gewerkschaft die rund 80 Millionen Wanderarbeiterinnen in Südchina?

Pun Ngai: Die meisten Zuliefer-Fabriken sind in ausländischer Hand, und in diesen Werken gibt es keine Gewerkschaften – obwohl die chinesische Regierung das eigentlich wünscht. Auch die Fabrik, in der ich gearbeitet habe, war gewerkschaftsfrei.

metall: Können Nichtregierungsorganisationen etwas für die Arbeiterinnen tun?

Pun Ngai: Ja, wir kümmern uns ausschließlich um die Wanderarbeiterinnen. Ohne unsere Unterstützung wären sie völlig ungeschützt.



Foto: Sarah Bormann

metall: Was können Sie tun?

Pun Ngai: Wir versuchen ihnen beispielsweise, Grundzüge des Arbeitsrechts beizubringen, erklären ihnen, warum sie einen Arbeitsvertrag brauchen. Die Hälfte von ihnen hat nämlich keinen. Wir informieren auch in Sachen Arbeitszeitrecht

und über das ihnen zustehende Entgelt. Dann klären wir sie über ihre Rechte als Frauen auf und helfen ihnen, sich gegen sexuelle Ausbeutung zu wehren. Sexueller Missbrauch kommt in den Betrieben häufig vor. Wenn sie entlassen werden – in der Regel nach vier, fünf Jahren – helfen wir ihnen, auf eigenen Füßen zu stehen und gemeinsam genossenschaftliche Unternehmen zu gründen und zu führen.

metall: Derzeit versucht die chinesische Regierung, die Arbeitsgesetze zu verbessern. Würde die Willkür der Großkonzerne auf diese Weise eingeschränkt?

Pun Ngai: Ja, daher üben sie auch Druck auf die chinesische Regierung aus. Der Gesetzesentwurf passt ihnen nicht. Speziell die amerikanische und europäische Handelskammer, aber auch ausländische Geschäftsführer der Zulieferbetriebe, sind da sehr aktiv. ◀

»Gerechtigkeit geht vor Profit«

Die Nichtregierungsorganisation »Weed« (World Economy, Ecology & Development) versteht sich als »konsequente Lobby für Gerechtigkeit in den Nord-Süd-Beziehungen« und setzt sich seit 1990 für ein gerechteres Weltwirtschaftssystem ein. Ihr Motto: »Gerechtigkeit, Menschenrechte und Umweltpolitik gehen vor Profitinteressen«. Angesichts einer immer aggressiveren Handelspolitik Deutschlands, der EU und der WTO versucht die Organisation, über Hintergründe aufzuklären und Alternativen zu entwickeln. Das Projekt »PC-Global« widmet sich dabei der modernen Hightec-Branche, insbesondere in China. Mehr Infos unter www.pcglobal.org

taiwanische Elektronikfirmen insbesondere vom Heer rechtloser Wanderarbeiterinnen. Hunderttausende würden derzeit in Südchina ausgebeutet. Gut 46 Prozent von ihnen hätten keinen Arbeitsvertrag, 51 Prozent erhielten ihr Geld verspätet. Pun Ngai: »Nach vier, fünf Jahren sind sie verbraucht, es ist wie in einer Haftanstalt.«

Offenbar geht das auch der chinesischen Regierung zu weit, zumal ständig Streiks und Protestaktionen nerven. Ihr Entwurf eines neuen Arbeitsrechts sieht daher deutliche Verbesserungen für die Beschäftigten vor. So sollen Gewerkschaften das Recht erhalten, Tarifverträge über Arbeitszeit, Arbeitssicherheit und Löhne auszuhandeln und gegen Entlassungen vorzugehen. Selbst das Streikrecht ist vorgesehen.

Zum Leidwesen der europäischen und amerikanischen Handelskammer. Die sehen ihre »iPod-Cities« gefährdet und spielen sich nun wie Kolonialherren auf. Der Gesetzesentwurf, rüffelte die Europäische Handelskammer (Sponsoren sind zum Beispiel Siemens, Daimler-Chrysler, Philips, und Thyssen-Krupp) in einem Brief an den Chinesischen Volkskongress, sei an einigen Stellen »überreguliert«. So passt der Kammer nicht, dass die Gewerkschaften mehr Befugnisse erhalten sollen. In kleineren und mittleren Betrieben seien keine Gewerkschaften vertreten, dort »müssten dann regionale Gewerkschaften geholt werden, die den Betrieb gar nicht kennen«. Einheitliche Tarifverträge? Unrealistisch, weil die »heutige Praxis das gar nicht erlaubt«. Überhaupt solle die Chinesische Regierung »besser versuchen, geltendes Recht umzu-



Arbeiterinnen bei der Produktion von Computermäusen in Südchina: »Nach vier, fünf Jahren sind die Frauen verbraucht, es ist wie in einer Haftanstalt«



setzen – statt zusätzliche Gesetze zu verabschieden«. Die Foxconn-Führung hat wohl gespürt, dass ihre feudale Tour nicht ewig währt. Denn kaum waren die Misstände publik, durchleuchtete Apple schon den Betrieb. Wenig später reduzierten die Taiwaner ihre Klagesumme gegen die Journalisten von 3,75 Millionen auf einen Dollar. Parallel sickerte durch, dass sich in dem

Betrieb die staatliche chinesische Gewerkschaft ACFTU gegründet hat. Das Ende der Fahnenstange muss damit nicht erreicht sein. May Wong, von der Menschenrechtsorganisation »Asia Monitor Resource Center« in Hongkong: »Wir brauchen Arbeitnehmervertretungen, die die staatlichen Gewerkschaften ablösen und die Zulieferer unter Druck setzen.«

Fritz Arndt



FRAUEN IN OSTEUROPA SIND DOPPELTE VERLIERER



Foto: Image Source

In den osteuropäischen Beitrittsländern haben Frauen besonders viel aufzuholen. Sie sind bisher die Verlierer des Systemwechsels. Von der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft erhoffen sie sich neue Perspektiven. Doch die EU ist nicht das Allheilmittel, mit dem von heute auf morgen Ungleichheiten verschwinden.

Das sozialistische Erbe sitzt noch tief in Staaten wie Rumänien und Bulgarien, die seit Beginn dieses Jahres zur EU gehören. Aber auch in den Ländern wie Tschechien, Slowakei, Polen, Slowenien und Ungarn leiden gerade Frauen immer noch unter den Folgen des Zusammenbruchs des sozialistischen Systems. Vor 1990 war für Frauen in diesen Ländern vieles besser: Ein sicherer Arbeitsplatz, gute Kinderbetreuung, ein verlässliches Gesundheitssystem sowie Renten, die zum Leben reichten.

Jetzt regiert die Marktwirtschaft, die gerade für Frauen oft den sozialen Abstieg gebracht hat. Frauen sind häufiger arbeitslos, befristet beschäftigt oder werden in den Niedriglohnsektor abgedrängt. So gehen ausgebildete Lehrerinnen putzen, weil das Ge-

halt nicht zum Leben reicht. Verarmte Rentnerinnen müssen Zigaretten verkaufen, um nicht zu verhungern.

Frauen haben in den meisten Ländern Osteuropas nicht die gleichen Möglichkeiten wie Männer. In den meist patriarchalischen Gesellschaften werden sie bei Bildung und Zugang zum Arbeitsmarkt benachteiligt.

Frauen von Minderheiten wie etwa Roma in Rumänien oder die türkische Minderheit in Bulgarien werden besonders diskriminiert. Sie leben in absoluter Armut. Kurzfristig dürfte sich für Frauen in diesen Ländern durch

die EU-Mitgliedschaft nicht viel zum Besseren wenden. Zwar hat sich die EU die Geschlechtergerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben. Einschlägig ist etwa die Richtlinie über gleiches Entgelt für Männer und Frauen.

Lohndiskriminierung

Doch da besteht in Osteuropa ein riesiger Aufholbedarf. Frauen verdienen für die gleiche Arbeit im Schnitt 30 bis 50 Prozent weniger als Männer. Viele Frauen haben aus der Not eine Tugend gemacht und schlagen sich als Selbstständige durch. In den entscheidenden Gremien sind Frauen jedoch weiterhin unterrepräsentiert. Das gilt auch für die Gewerkschaften, deren Bindekraft dort abnimmt.

Viele Frauenorganisationen in den neuen EU-Ländern setzen trotzdem Hoffnungen in die Zugehörigkeit zu Europa. Sie nutzen den größeren Informationsraum, um sich international auszutauschen und zu vernetzen. Dazu brauchen sie aber materielle Hilfe aus dem Westen. ◀

Martina Helmerich

Arbeitsausbeutung und Frauenhandel

Bulgarien ist das ärmste Land innerhalb der EU. In Rumänien gelten zehn Prozent der Bevölkerung sogar als extrem arm. Das ist der Grund, weshalb Frauen oft in die Fänge von Schleppern geraten. Im Westen werden sie als Billigarbeiterinnen etwa in der Landwirtschaft oder Privathaushalten beschäftigt. Viele Frauen landen auch in der Zwangsprostitution. Eine besonders zynische Art der Ausbeutung ist außerdem der illegale Organhandel.

Web-Adressen von Frauennetzwerken in Osteuropa:

www.karat.org; www.newww.org.pl; www.womenlobby.org

► Die Serie »Europa« stellt in den kommenden Monaten wichtige Themen und Entwicklungen in der EU vor. ◀

Züleyha Uçar engagiert sich beruflich wie privat für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Dieses Engagement spiegelt sich auch in ihrem zweiminütigen Kurzfilm wieder, den sie im Rahmen eines Wettbewerbs gedreht hatte. Hierfür wurde sie vom Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« mit einem Sonderpreis ausgezeichnet.

Eine exotische Ausnahme: Züleyha Uçar, mehrfach geehrtes Integrationsvorbild



Foto: Jürgen Seidel

Zu Besuch bei

Züleyha Uçar

Auf die Frage, wer oder was sie ist, kommt eine wohlüberlegte Antwort: »Ich bin Araberin, komme aus der Türkei und bin in Deutschland geboren.« Araberin? Ihr heller, Teint, ihre dunkelblonden Haare, ihre grünen Augen und ihre akzentfreie Sprache lassen nicht auf eine arabische Herkunft schließen. Ganz anders der Name: Züleyha Uçar. Ihre Familie stammt aus dem arabisch-sprachigen Teil der Türkei an der syrischen Grenze.

Nicht nur der Lebenslauf der 26-Jährigen ist interkulturell, auch ihre Einstellung ist es. Züleyha Uçar engagiert sich beruflich wie privat für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Deshalb wurden ihr schon mehrfach Preise verliehen. Zuletzt vom Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!«, der Uçar für einen Kurzfilm auszeichnete. Diesen hatte sie gemeinsam mit einer Freundin im Rahmen des Wettbewerbs »Im

Netz gegen Rechts« gedreht. Der Film »Worauf wartest du?« ist eine Videobotschaft. Darin beantworten Kollegen, Freunde und Verwandte die Frage »Was würde dir fehlen, wenn du deine Heimat nicht verlassen hättest?« mit »Toleranz«, »Demokratie«, »Gleichberechtigung«, »Religionsfreiheit«. Am Ende der Videobotschaft kommen die jungen Filmemacherinnen selbst zu Wort und appellieren daran, dass jeder in Deutschland das Recht auf ein menschenwürdiges Leben hat.

Züleyha Uçar arbeitet seit rund sieben Jahren bei Ford in Köln, wo sie nach dem Abitur eine Ausbildung als Kauffrau für Bürokommunikation machte. Heute ist sie dort als Fahrzeugrechnungsprüferin tätig und Mitglied im Ford-Mitarbeiter Netzwerk »Turkish Resource Group« (TRG). Das Netzwerk setzt sich für die Weiterentwicklung türkischer Mitarbeiter ein und unter-

sucht das Kaufverhalten von türkischen Kunden in Deutschland und in der Türkei.

Neben ihrem Job macht Züleyha ein Abendstudium im Fach Betriebswirtschaft. »Das Lernen fällt mir nicht schwer, aber die finanzielle Belastung nimmt einem einiges an Lebensqualität«, sagt Uçar. Das Studium absolviert sie an einer privaten Fachhochschule und finanziert es selbst. Sie wäre gerne direkt nach der Schule an die Universität gegangen. Aber: »Meine Eltern hätten mich nicht unterstützen können. Darum habe ich erst die Lehre gemacht, um mir ein finanzielles und berufliches Standbein zu schaffen.« Sie hatte auch ein bisschen Angst davor, zu versagen. Leistungsdruck begleitet sie seit frühester Kindheit: »Ich bin in Dormagen aufgewachsen und in der Schule dort war ich – das typische Gastarbeiterkind – fast ein Exot.«

Die Eltern sind stolz auf ihre Tochter

Uçars Vater arbeitet im Baugewerbe. Die Mutter ist Frisörmeisterin. Beide sind stolz auf ihre Tochter. Dennoch ist Züleyha nicht frei von Selbstzweifeln: »Ob bei den Hausaufgaben, beim Lernen oder im Job: Ich musste immer ein bisschen besser sein, mich immer mehr anstrengen als die anderen. Meine Eltern konnten mir dabei nicht helfen«, sagt Uçar mit leiser Stimme. »Ich war oft auf mich alleine gestellt.« Und mit kämpferischer Stimme setzt sie nach: »Diese Hilflosigkeit war gleichzeitig mein persönlicher Motivationsantrieb.«

Und auch der Grund, warum Uçar bei »Potenziale« tätig ist. Dies ist eine Gruppe beruflich erfolgreicher Migranten, die sich auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen und der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Jugendlichen aus Zuwanderfamilien zusammengeschlossen hat. Dort tritt die – inzwischen deutsche Staatsbürgerin – für bessere Berufschancen für Menschen mit Migrationshintergrund ein.

Im Mai macht Züleyha ihre Abschlussprüfung an der Fachhochschule. Ob sie sich selbst als Integrationsvorbild sieht? Mit großen Augen sagt sie: »Eigentlich nicht. Doch Menschen wie ich sind hier immer noch eine Seltenheit – leider.« So wie ihr Vorname Züleyha: Er ist arabischer Abstammung, steht im Koran und bedeutet Wasserfee. ◀

Antonela Pelivan

HALBWAHRHEITEN ZUGUNSTEN DER VERSICHERUNGSKONZERNE

Die Angst um die Rente wird immer größer. Dazu präsentierte »Bild« eine »Schock-Tabelle«, die belegen sollte: Wer jünger ist als 45 Jahre, wird bei der gesetzlichen Rente reingelegt. Ein 25-Jähriger beispielsweise zahlt laut »Bild« 150 000 Euro mehr in die Sozialversicherung als er herausbekommt.

Das Massenblatt betrieb diese Panikmache mit der angeblichen »Zeitbombe« Rente mehrere Tage lang. Immer dick und fett mit der Titelgeschichte auf Seite 1. Zu Wort kamen die üblichen Verdächtigen. Natürlich durfte sich wieder Hans-Werner Sinn, angeblich Deutschlands klügster Wirtschafts-Professor, ausbreiten (siehe Aussris).

Weiterer »Experte« in Sachen Rente war Peter Oberender, Professor aus Bayreuth, der die Zahlen für die »Schock-Tabelle« lieferte. Und der Vorsitzende der Jungen Union Philipp Mißfelder behauptete sogar: »Langfristig müssen sich die Jungen darauf einstellen, noch länger zu arbeiten. Die Rente mit 70 wird kommen.« In Wahrheit wurde noch nie so viel Unsinn über die Rente verzapft. Das Gebräu aus Lügen und Halbwahrheiten in »Bild« lautete im Kern:

- Das System der gesetzlichen Rente ist am Ende.
- Wer nicht zusätzlich privat vorsorgt und etwa eine Riester-Rente abschließt, wird im Alter verarmen.
- Die Jungen sind die Dummen. Sie bekommen weniger raus, als sie eingezahlt haben.

»Bild« schüre mit dieser Berichterstattung Ängste in der Bevölkerung, hielt die Deutsche

»Bild« und die arbeitgeberfinanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft betreiben eine Kampagne gegen die gesetzliche Rente. Die Panikmache treibt der Versicherungswirtschaft Geld in die Kassen und schürt Ängste in der Bevölkerung.

Die hysterische »Bild«-Kampagne zur Altersvorsorge spült den Anbietern von privaten Rentenversicherungen noch mehr Geld in die Kassen. Der Autor der »Bild«-Artikel war früher Allianz-Pressesprecher

Rentenversicherung dagegen. Unabhängige Online-Foren wie »Bildblog« oder die »Nachdenkseiten« warfen »Bild« vor, mit der Artikelserie den Verkauf privater Rentenversicherungen ankurbeln zu wollen.

Ein nahe liegender Verdacht. Denn bezeichnenderweise stammen die Beiträge der Zeitung zur Rente fast durchweg von Oliver Santen. Der war lange Jahre Allianz-Pressesprecher bevor er Leiter des »Bild«-Wirtschaftsressorts wurde. Das Blatt wirbt in der gedruckten als auch in der Online-Ausgabe geradezu aufdring-

lich für Riester-Verträge, wie sie etwa die Allianz-Versicherung anbietet. Aber auch die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ein von Gesamtmetall finanziertes PR-Institut, kocht mit der Renten-Kampagne ihr eigenes Süsschen. Denn Peter Oberender gehört wie sein Professoren-Kollege Sinn zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

Mit einem Jahresbudget von zehn Millionen Euro trommelt die INSM für neoliberale Politikkonzepte und für die Privatisierung sozialer Risiken – alles im Sinne von Gesamtmetall. Bei diesem Geklügel hinter den Kulissen wird aber auch klar, was von den Behauptungen der »Bild«-Zeitung zu halten ist: Schaut man genau hin, so scheint es, als geht es dem Blatt weniger darum, seine Leser objektiv zu informieren. Vielmehr sollen scheinbar die Interessen von Arbeitgebern und privaten Finanzdienstleistern bedient werden. ◀

Martina Helmerich

BILD fragte Deutschlands klügsten Wirtschafts-Professor Hans-Werner Sinn: Warum ist unser Rentensystem so ungerecht?

Die besten Geld-Tipps für jedes Alter

Retten Sie jetzt Ihre RENTE!

PRIVATE ALTERSVORSORGE Was muss ich tun mit...

Zusatz-Rente	Alter in Jahren			
	20	30	40	50
100 Euro	17	26	45	89
200 Euro	32	50	88	177
300 Euro	47	75	130	265
400 Euro	62	99	173	353
500 Euro	77	123	216	441
600 Euro	92	147	258	529
700 Euro	108	171	301	616
800 Euro	123	195	344	704
900 Euro	138	219	388	792



Damit die Armut nicht in die Betriebe kommt

Der Niedergang hat in Nordhausen Spuren hinterlassen: Schlosser Paul Engelhardt auf einem stillgelegten Werks Gelände

Foto: transit-Leipzig / Hirth

Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich immer weiter. Während das obere Viertel sein Vermögen innerhalb von zehn Jahren um fast 30 Prozent vermehrte, sank das des unteren Viertels um die Hälfte. Die Menschen werden ärmer. Das beobachten die IG Metall-erinnen Astrid Schwarz-Zaplinski und Eva Kerkemeier seit Jahren. Nur reden die beiden Frauen nicht ständig über Armut. Sie tun etwas dagegen.

Von Fabienne Melzer

Nordhausen: »Hast du Arbeit oder hast du keine?«

Dieser Freitag ist ein guter Tag. Im Terminkalender von Astrid Schwarz-Zaplinski steht die Betriebsversammlung beim Maschinen- und Anlagebauer Maximator. Das Unternehmen hatte ein erfolgreiches Jahr. IG Metall-Frau Schwarz-Zaplinski verteilt Fragebögen an die Belegschaft und mit dem Geschäftsführer ist sie sich einig: Die Rente mit 67 ist Mist. Heute muss die Erste Bevollmächtigte der IG Metall-Verwaltungsstelle Nordhausen keine Probleme wälzen.

Oft erlebt sie solche Tage nicht. Verwaltungsstellenarbeit im nördlichen Thüringen

sieht an den meisten Tagen des Jahres anders aus. Da rufen Insolvenzverwalter an, um mit der IG Metall zu retten, was zu retten ist. Oder Arbeitslose kommen vorbei, weil ihnen das Amt eine Sperre aufgebrummt hat. Hier im Osten lebt jeder Vierte am unteren Rand der Gesellschaft. Forscher haben der Armut einen neuen harmlosen Namen gegeben: Prekariat. Astrid Schwarz-Zaplinski kann wenig damit anfangen. »Hier gibt es nur einen Unterschied: Hast du Arbeit oder hast du keine?«

Die Verwaltungsstelle Nordhausen war die erste in den neuen Bundesländern und Astrid

Schwarz-Zaplinski von Anfang an dabei. Damals, 1991, standen die Menschen Schlange, um in die IG Metall einzutreten. In 220 Betrieben gab es Betriebsräte. Alles Geschichte.

Die Zahl der Betriebe ist recht übersichtlich geworden. Heute sind es noch 47. Der Niedergang hat sich der Metall-erin tief ins Gedächtnis gebrannt. Ohne Mühe listet sie die Namen derer auf, die nicht überlebten: »Motorenwerk Nordhausen, 5800 Arbeitsplätze – gibt es nicht mehr. Kältetechnik, 1200 Arbeitsplätze weg. Baggerwerk – von 2200 runter auf 84 Arbeitsplätze.«

Wie bitterarm ihre Region ist, sieht Astrid Schwarz-Zaplinski an ihren Metallern. »Es gibt hier keine Familie, die nicht von Hartz IV betroffen ist.« Viele bangen um ihren Arbeitsplatz, Stundenlöhne zwischen fünf und sechs Euro sind keine Seltenheit. Wer zur Verwaltungsstelle kommt, schleppt meist ein ganzes Bündel an Problemen mit sich. Oft ist die IG Metall die letzte Hoffnung. Die Gewerkschaft soll helfen, doch noch zum ausstehenden Geld, zurück zum Arbeitsplatz oder einfach zu seinem Recht zu kommen.

Zum Beispiel die Kollegen Paul Engelhardt und Otto Körber. Ihr Arbeitgeber, der Baumaschinenhersteller Nobas, schuldet ihnen mehrere 1000 Euro und ihren Arbeitsplatz. Nobas hatte die beiden und rund 80 weitere Beschäftigte in ein eigens gegründetes Tochterunternehmen abgeschoben. Alles ohne Risiko, versicherte der Geschäftsführer. Im Falle einer Schließung kämen sie wieder ins Mutterunternehmen zurück. Davon will Nobas nun nichts mehr wissen.

Erst kürzte das Unternehmen den Beschäftigten der Tochterfirma ohne Vorwarnung das Gehalt. Dann meldete es Insolvenz an und setzte alle auf die Straße. Engelhardt und Körber klagen gegen ihren Rauschmiss. Doch der Prozess zieht sich hin, und in wenigen Wochen werden die beiden von Hartz IV leben müssen. »Ich denke, die Firma weiß, dass sie verliert«, sagt Körber.



Astrid Schwarz-Zaplinski setzt auf die Politik der kleinen Schritte

**»Erst wird der Betrieb aus-
gegründet und dann vor die
Wand gefahren.«**

»Aber sie spielen auf Zeit, weil sie wissen, dass uns die Zeit davon läuft.«

Solche Spielchen erlebt Astrid Schwarz-Zaplinski immer wieder. »Hier läuft der Arbeitskampf oft über das Handelsregister. Erst wird der Betrieb ausgegründet und dann vor die Wand gefahren.« Nicht selten floss zuvor Geld vom Staat. Leere Fabrikhallen und verwaiste Autohäuser zeugen stumm vom Aufbau Ost. Die Metalllerin

schüttelt den Kopf, wenn sie daran denkt, wie viel Geld hier versandete. »Hätte man es den Menschen direkt gegeben, würden hier alle in einem Eigenheim leben oder jedenfalls unter menschenwürdigen Bedingungen.«

Doch davon können die meisten nicht einmal träumen. Für viele ist es schon ein Fortschritt, wenn die IG Metall für sie einen zusätzlichen Urlaubstag, ein paar Euro mehr oder eine Altersteilzeitregelung herausholt. Astrid Schwarz-Zaplinski nennt es Politik der kleinen Schritte – in kleinen Schritten zur Weiterbeschäftigung nach der Insolvenz oder zu tariflichen Regelungen. Die Metalllerin hat einen langen Atem und weiß, dass sich die Dinge auch ändern lassen. Manchmal braucht es nur einen kleinen Schubs. Mit ihrem Projekt zum demographischen Wandel und Fachkräftemangel in Nordthüringen hat sie schon einige Geschäftsführer zum Umdenken gebracht. Sie stellen wieder mehr Auszubildende ein und übernehmen sie auch. Vielleicht merken ja bald noch mehr, dass sie mit niedrigen Löhnen, einem schlechten Betriebsklima und »Auf-eure-Arbeitsplätze-warten-100-andere«-Sprüchen gute Fachleute nicht in ihren Betrieben und auch nicht in Thüringen werden halten können. ◀

Herne: In der Not rücken die Menschen zusammen

Leere Flaschen? »Ja, achten Sie mal drauf«, sagt der Bärtige. »Es gibt keine leeren Flaschen in den U-Bahnhöfen von Herne.« Hier im Westen, wo die Arbeitslosenzahlen Rekorde brechen und jedes vierte Kind von Sozialhilfe lebt, sind leere Pfandflaschen ein Schatz, der sofort geborgen und zu Kleingeld gemacht wird. Der Niedergang von Kohle und Stahl hat in Herne Spuren hinterlassen. Vor den Suppenküchen sind die Schlangen länger geworden. Fast wären im

Dezember die Lichter am Weihnachtsbaum dunkel geblieben. Nur mit Not fand sich ein Sponsor für die Stromrechnung.

Armut? Unterschichten? Eva Kerkemeier kann sich über solche Diskussionen nur wundern. Seit 1984 arbeitet sie in der IG Metall-Verwaltungsstelle Herne. Die Erste Bevollmächtigte erlebt seit über 20 Jahren, worüber Politiker ungläubig staunen. Die Menschen um sie herum werden ärmer. »Nehmen wir Blaupunkt«, sagt Eva Kerkemeier. In den

60er Jahren brachte der Elektronikriesen Hoffnung in die schon damals gebeutelte Ruhrgebietsstadt. Zu seinen besten Zeiten beschäftigte das Unternehmen knapp 2000 Menschen. Heute stehen die Hallen leer, der Parkplatz ist verwaist. 1992 kam das Ende. Einige Blaupunkt-Beschäftigte, erzählt Eva Kerkemeier, kamen bei einem Schalterhersteller unter. Wenige Jahre später machte auch der dicht. Die ehemaligen Blaupunktlter fanden zwar neue Arbeit. Doch mit jedem Wechsel verdienten sie weniger. »Vor kurzem habe ich einige Kolleginnen in einer Wäscherei getroffen«, sagt Eva Kerkemeier, »sie verdienen heute nicht einmal das, was sie vor 25 Jahren bei Blaupunkt bekommen haben.«

Der Wert einfacher Arbeit verfällt, und es traf nicht nur die Blaupunkt-Beschäftigten. Die Schraubenfabrik Dorn war 150 Jahre lang aus Herne nicht wegzudenken. Nun erinnert nur noch der Namenszug am leeren

**Einst Hoffnungsträger
in der gebeutelten
Ruhrgebietsstadt: Die
Blaupunkt-Werke in
Herne**



Foto: Manfred Vollmer

Firmengebäude an das Traditionsunternehmen. Als der Klimatechnikhersteller Happel in den 80er Jahren brummte, baute der Inhaber seinen Beschäftigten eine eigene Turnhalle. Heute werden viele Werkshallen nur noch als Lager genutzt.

Der Niedergang hat die Arbeit Eva Kerkemeiers verändert. »Früher hat bei uns doch niemand Tarifverhandlungen in den Betrieben geführt. Jetzt machen sie fast ein Fünftel unserer Arbeit aus.« Die Verhandlungen laufen immer nach dem gleichen Muster: Entweder die Beschäftigten verzichten auf Geld, oder die Leute müssen gehen. Doch die For-

»Ein Arbeitsplatz ist schön und gut. Aber ich muss von meiner Arbeit auch leben können.«

mel nutzt sich ab. Wer nichts mehr zu verlieren hat, wehrt sich. Wie vor kurzem bei dem Bekleidungsunternehmen, das mit Eva Kerkemeier über Lohnverzicht verhandelte. Als sie den Kolleginnen die Forderungen der Geschäftsleitung präsentierte, stand eine der Frauen auf und sagte: »Ein sicherer Arbeitsplatz ist ja schön und gut. Aber ich muss von meiner Arbeit auch leben können. Und das kann ich bald nicht mehr.«

Armut trifft längst auch Menschen, die noch Arbeit haben. Gemeinsam mit Betriebsräten und Metallern stemmt sich Eva Kerkemeier dagegen. Damit die Armut nicht in die Betriebe kommt. Etwa durch Leiharbeit. Beim Baumaschinenhersteller Schwing gibt es dank Betriebsrat und Vertrauensleuten überhaupt keine Zwei-Klassengesellschaft. »Ob Leiharbeiter oder Festangestellter, wenn bei Schwing zwei nebeneinander arbeiten, bekommen sie wirklich das gleiche – den gleichen Lohn, die gleichen Zuschläge«, sagt Eva Kerkemeier. Wo es keine Arbeiter erster und zweiter Klasse gibt, öffnet sich offenbar für Leiharbeiter schneller die Tür zu einer Festanstellung. Schwing stellte in den letzten ein- und einhalb Jahren fast 100 Leiharbeiter fest ein.



In der Verwaltungsstelle Herne: Betriebsräte diskutieren mit Eva Kerkemeier (rechts)

Herne ist arm, bitterarm. Aber Eva Kerkemeier möchte in keiner anderen Stadt arbeiten. In schweren Zeiten rücken die Menschen hier zusammen. »Bei Arbeitskämpfen kann ich mich auf viele Kollegen in den Betrieben blind verlassen.«

Widerstand über Gräben hinweg

Als Blaupunkt dicht machte, schlossen sich Vereine, Kirchen und die IG Metall zum Herner Sozialforum zusammen. Seither stemmen sie sich gemeinsam gegen den Niedergang ihrer Stadt. Manchmal auch über Gräben hinweg – gegen die drohende Schließung des Kaufhauses Karstadt ging die IG Metall gemeinsam mit Unternehmensvertretern des Einzelhandels auf die Straße.

Aus dem Herner Sozialforum kommen immer wieder neue Ideen, die Not in der Stadt zu lindern. Im November eröffnete in den Räumen der evangelischen Kirche ein Mittagstisch für Schulkinder. Eva Kerkemeier war sofort klar: »Das müssen wir unterstüt-

zen.« Alle Beschäftigten der IG Metall-Verwaltungsstelle traten dem Trägerverein bei. In den Räumen des Gemeindezentrums bekommen die Kinder ein Mittagessen, sie können ihre Hausaufgaben machen, spielen oder Musik hören. Am späten Nachmittag drängen sich die meisten Kinder um Billardtisch und Kicker. Überall wuselt es. Eva Kerkemeier ist zum ersten Mal hier. »Wie viele Kinder kommen denn jede Woche?«, fragt sie eine ehrenamtliche Helferin. Die Antwort erstaunt sie. »50 Kinder sind es immer.« So viele Mittagskinder schon nach wenigen Wochen – das überrascht selbst die krisengewohnte Metallerin. ◀

Anzeige _____



Foto: Manfred Vollmer

Fast 50 Kinder besuchen jeden Dienstag den Mittagstisch, der im November eröffnete: So viele Mittagskinder schon nach wenigen Wochen – das hat selbst Eva Kerkemeier überrascht

Umweltschutz

CO₂-Ziele nicht erreicht

Ende Januar wollte der Verband der Automobilindustrie (VDA) endlich mal mit leidigen Vorurteilen in der Öffentlichkeit aufräumen. »Der je Kilowatt Leistung erforderliche Kraftstoffverbrauch ist seit 1990 um 36 Prozent gesunken«, meldet der Verband in einer aktuellen Zwischenbilanz. Der Kraftstoffverbrauch je Kilo Gewicht habe sich um weitere 29 Prozent reduziert. »Die Fakten zeigen«, lobte sich VDA-Präsident Bernd Gottschalk selbst, »dass für ordnungsrechtliche Zwangsmaßnahmen zur Regulierung von Kraftstoffverbräuchen kein Anlass besteht.«

Wirklich? Die EU-Kommission hat das jedenfalls anders gesehen und jetzt verbindliche Werte vorgeschlagen. Danach soll der CO₂-Ausstoss von Neuwagen ab 2012 bei durchschnittlich 120 Gramm je Kilometer liegen. Davon sollen zehn durch »integrierte Maßnahmen« wie umweltfreundlichere Reifen oder die Nutzung von Biosprit erreicht werden, 130 Gramm je Kilometer durch umweltfreundlichere Motoren. Das sind zwar zehn Gramm mehr als ursprünglich geplant, aber immer noch 40 Gramm weniger als zurzeit. Mit anderen Worten: Die Autohersteller müssen etwas tun. Jürgen Peters, Erster Vorsitzender der IG Metall: »Die verbindliche Norm ist nötig, um unverzichtbare umweltpolitische Standards realisieren zu können.«

Die Zeit drängt. Denn mit jährlich rund 160 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen trägt der Autoverkehr erheblich dazu bei, dass es auf der Erde immer wärmer wird. Um drei Grad könnten die Durchschnittstemperaturen bis Ende des Jahrhunderts steigen, hat der Uno-Klimarat gerade vorher gesagt. Ganze Regionen drohen zu Steppen zu veröden, der Wasserspiegel an der Nordsee könnte sogar um zwei Meter steigen.

Zusage nicht eingehalten

Deutsche Autos schleudern besonders viel CO₂ in die Luft, hat eine aktuelle Studie des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) analysiert. Der Grund: Motorleistung und Gewicht nehmen ständig zu, insbesondere in der »Premium«-Klasse. Bis auf BMW hätten alle Hersteller seit 2001

Deutsche Autos schleudern besonders viel Dreck in die Luft. Dabei hatte die Autoindustrie vor neun Jahren zugesagt, ihre Emissionen deutlich zu verringern. Weil sie ihr Ziel nicht erreichte, will nun die EU per Gesetz nachhelfen.

die Durchschnittsgewichte und Stärken ihrer Flotten erhöht. Auf diese Weise werden die Wirkungen technischer Verbesserungen neutralisiert. Kein Wunder, dass die Autoindustrie ihr Versprechen von 1998 aller Voraussicht nach brechen wird. Sie hatte damals zugesagt, die CO₂-Emissionen bis 2008 auf durchschnittlich auf 140 Gramm je Kilometer zu reduzieren. Sicher ist aber: Schon mit den heutigen Möglichkeiten könnten der Spritverbrauch und damit die CO₂-Emissionen locker gesenkt werden. Nach Angaben des Umweltbundesamts (UBA) würde sich der Spritverbrauch um 4,9 Prozent verringern, wenn die Fahrzeuggewichte um 100 Kilo ab-

nähmen. Würden außerdem die Schaltgetriebe optimiert, ginge der Spritverbrauch um weitere sieben Prozent zurück. Ganz zu schweigen von effektiveren Motoren. Axel Friedrich, UBA-Autoexperte, schätzt, dass etwa Hybridmotoren zwischen 31 und 41 Prozent weniger schlucken.

Solche Antriebe, die je nach Bedarf elektrisch oder mit Verbrennungsenergie angetrieben werden und obendrein auch noch die Bremsenergie nutzen, waren bei deutschen Autobauern lange verpönt. Erst seitdem Toyota mit dem »Prius« wirbt, wird in deutschen Entwicklungsabteilungen umgedacht. So will auch Opel Ende des Jahres ein

Rund 160 Millionen Tonnen CO₂-Abgase stammen von den Autos im Straßenverkehr. Das sind rund 20 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen. Die Abgase tragen dazu bei, dass es auf der Erde immer wärmer wird.

Foto: BilderBox

Modell mit Hybridantrieb anbieten – allerdings nur in Nordamerika. BMW baut seit dem Frühjahr den 1er und 5er mit Start-Stop-Automatik. Zusätzlich wird die Bremsenergie genutzt. »Ein bis zu sechs Prozent niedrigerer Benzinverbrauch ist die Folge«, glaubt Daniel Kammerer von BMW. Zu wenig? In zwei bis vier Jahren, sagt Kammerer, käme der »Voll-Hybrid« mit rund 20 Prozent weniger Spritverbrauch. Damit keine Zeit verloren geht, wird die IG Metall zusammen mit dem Berliner Bundesumweltministerium einen zusätzlichen »Maßnahmekatalog« erarbeiten. Er soll Möglichkeiten aufzeigen, wie die CO₂-Emissionen im Straßenverkehr weiter zu reduzieren sind. Peters: »Ökologische Auflagen dürfen nicht als Belastung empfunden werden, sondern als Chance für Innovationen und Arbeitsplätze.«

Auch für die Autofahrer rechnen sich die sparsameren Spritverbräuche, wie eine einfache Rechnung belegt: Werden bei einem Spritpreis von 1,20 Euro etwa zwei Liter auf 100 Kilometer eingespart, bleiben bei einer Laufleistung von 100 000 Kilometer immerhin 1200 Euro hängen. Die Mehrkosten für technisch verbesserte Fahrzeuge liegen nach EU-Schätzungen bei durchschnittlich 400 Euro. ◀

Fritz Arndt

Umweltschutz als Herausforderung

»Wir stehen erst am Anfang«

BMW-Gesamtbetriebsratsvorsitzender Manfred Schoch über die Umweltsünden der Automobilindustrie.



Foto: BMW

metall: Wieso kann die europäische Automobilindustrie ihr Versprechen nicht halten, die CO₂-Emissionen ihrer Fahrzeuge auf 140 Gramm je Kilometer zu begrenzen?

Manfred Schoch: Eine Reduzierung auf 140 Gramm würde einem Verbrauch von 5,4 Liter auf 100 Kilometer entsprechen. Wer unsere Fahrzeuge kennt, weiß, dass dies ein sehr ambitioniertes Ziel ist.

metall: Das wussten die Hersteller doch vorher schon...

Schoch: Ja, aber ein Schnitt von 5,4 Litern auf EU-Ebene stellt eine große Herausforderung dar. BMW entwickelt mit Volldampf, technologische Neuerungen... Aber es geht dabei um Techniken, die total neu sind.

metall: Die Automobilindustrie behauptet, die Minderung der CO₂-Emissionen gefährde Arbeitsplätze. Kann das sein?

Schoch: Wenn die in der EU-Kommission diskutierten 120 Gramm je Kilometer verbindlich und alle Fahrzeuge über einen Kamm geschert würden, dann ja...

metall: ... das war nie vorgesehen...

Schoch: ... wenn man die unterschiedlichen Fahrzeugsegmente differenzierter betrachtet, wären die Effekte hoffentlich weniger dramatisch.

metall: Was bedeuten denn die jetzt angepeilten 130 Gramm CO₂ für die Automobilbranche?

Schoch: Wir stehen ja erst am Anfang des politischen Diskussionsprozesses, mal sehen, was am Ende des Tages rauskommt. Aber solange es verschiedene Autotypen gibt, muss es auch differenzierte Vorgaben geben. Ob dieses Ziel dann über eine neu definierte Kfz-Steuer unterstützt werden kann, muss man ausführlich diskutieren.

metall: Kann der BMW-Betriebsrat die Automobiltechnik und damit auch die CO₂-Emissionen beeinflussen?

Schoch: Wir drängen insbesondere darauf, dass unsere Fahrzeuge leichter werden, etwa durch den Einsatz von Kohlefaser. Und wir fordern, dass die Motoren noch effektiver werden. Außerdem sind wir dafür, dass vermehrt Bio-Kraftstoffe eingesetzt werden. Die EU kann hier über die Forschungs- und Entwicklungspolitik positive Anreize in diese Richtung setzen. ◀

Mit der Rente 67 von den Menschen entfernt

metall 1-2/2007: Rente mit 67 – Politik gegen das Volk

► Mit keinem Thema wie der Rente mit 67 zeigt die Politik mehr, wie weit sie sich von den Belangen und Interessen der Menschen entfernt hat. Interessant sind auch die Aussagen von Otmar Schreiner. Bedauerlich ist dabei nur, dass er nicht die Meinung der SPD vertritt, sondern nur einer der wenigen »Abweichler« (so Altkanzler Schröder damals) in der Fraktion ist.

Ernst Blinzinger, Reutlingen

► Warum erst jetzt diese Forderungen und nicht schon früher, denn das Ausplündern unserer Renten wird doch schon seit Jahrzehnten praktiziert.

Rolf Lorenz, Gummersbach

► Mit dem Zitieren von Beleidigungen läuft man Gefahr auf ein Niveau herabzusinken, auf dem man nicht mehr ernst genommen wird.

Torsten Bützow, München

► Sehr verwunderlich wäre, wenn irgendjemand in dieser

Republik glaubt, dass es sich bei der Rente mit 67 um etwas Anderes handeln würde als eine riesige Rentenkürzung. Mich wundert allerdings auch nicht, dass aufgrund dieser Scheinheiligkeit bald niemand mehr wählen geht.

Jörg Gehle, Gütersloh

Mit der Rente auskommen

metall 1-2/2007: Pflaume des Monats

► Ich möchte mich als Rentnerin einmal zu Wort zur »Pflaume« des Monats« melden. Ich weiß nicht wie alt die »Pflaume« ist, doch ich wünschte ihm, er müsste nur ein halbes Jahr mit der monatlichen Rente auskommen, die viele Menschen meines Alters bekommen. Dafür habe ich mehr als 40 Jahre brav gearbeitet.

Waltraud Walter, Berlin

E-Mail:

metall-leserpost@igmetall.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Leserbriefe können nur bei Angabe der Adresse veröffentlicht werden. Die vollständige **metall**-Ausgabe steht auch im Internet.

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-24 45,
Fax 069-66 93-80-2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne des
Presserechts)

Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan, Gabriele Prein

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat: Birgit Büchner
Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Patricia Schledz
Telefon 06151-8127-0,
Fax 06151-893098
E-Mail: schledz@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte

Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

Dritter Preis

Kugellager

Markus Lempfer,
Belm



Leser fotografieren

Einfach große Klasse

Im Sommer des vergangenen Jahres hat **metall** ihre Leserinnen und Leser aufgefordert, der Redaktion Fotos aus der Arbeitswelt zuzuschicken. Über 130 IG Metall-Mitglieder schickten uns ihre Fotos. Rund 150 Fotos haben wir bekommen. Gefragt waren Digitalfotos (in Farbe oder schwarz-weiß) von Menschen, Arbeitsplätzen, Maschinen oder Materialien. Die Auswahl war nicht einfach, weil fast alle Bilder große Klasse waren. Dennoch: Die Jury hat entschieden.



Erster Preis

Turbinenhalle Kokerei
Hansa

Rositha Kötting,
Wuppertal

Zweiter Preis

Fahrradreparatur-
werkstatt Vietnam

Helmut Schuckardt,
Wachtendonk



Die Auswahl war nicht einfach, denn eigentlich hätten alle Bilder prämiert werden müssen. Deshalb geht unser Dank an alle Einsenderinnen und Einsender. Damit unsere Fotografinnen und Fotografen ihre Fotos nicht umsonst eingeschickt haben, hat die Redaktion sich entschlossen, nicht nur die nach Meinung der Jury drei besten Bilder auszuzeichnen, sondern unseren Leserinnen und Lesern in jeder der kommenden Ausgaben Bilder aus allen Einsendungen vorzustellen.

Unsere Jury bestand aus dem Funktionsbereichsleiter Kommunikation und Medien

und IG Metall-Pressesprecher Georgios Arwanitidis, der Kulturbefragten der IG Metall Bianka Huber, **metall**-Chefin vom

Redaktions-Adresse für die neuen Fotos:
fotowettbewerb@igmetall.de

Die Digitalfotos sollen eine maximale Dateigröße von 500 Kilobytes haben (bitte die Originaldatei sichern). Allerdings: Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall.

Dienst Susanne Rohmund sowie **metall**-Gestalterin Gudrun Wichelhaus und **metall**-Bildredakteur Michael Schinke.

Die Redaktion ist sich einig: Nach diesem großartigen Erfolg wollen wir den Fotowettbewerb in diesem Jahr fortsetzen. Wir sind sicher, dass es noch unzählige Motive aus der Arbeitswelt gibt, die es wert sind, mit der Kamera festgehalten und in **metall** veröffentlicht zu werden. Deshalb fordern wir auch unsere Leserinnen und Leser auf: Macht weiter bei unserem Fotowettbewerb mit. Wir freuen uns auf jedes Bild. ◀

Die Redaktion

Elterngeld

Der Ersatzlohn fürs Baby

Das neue Elterngeld ist für Mütter und Väter gedacht, die Säuglinge haben und sich möglichst intensiv selbst um sie kümmern möchten und darum eine Zeitlang gar nicht oder nur Teilzeit arbeiten wollen. Und es soll vor allem Vätern schmackhaft machen, beruflich mal kürzer zu treten, um ihre Kleinkinder zu betreuen. Denn 14 Monate gibt es das Geld nur, wenn der andere Elternteil mindestens auch zwei Monate lang zu Hause bleibt oder weniger arbeitet. Sonst ist nach zwölf Monaten Schluss.

Wer Anspruch hat: Eltern, die sich gewöhnlich in Deutschland aufhalten und mit ihrem Kind in einem Haushalt leben, es außerdem selbst betreuen und erziehen, können Elterngeld beantragen. Vorausgesetzt, sie arbeiten in dieser Zeit gar nicht oder im Schnitt nicht

Für Kinder, die seit 1. Januar dieses Jahres geboren sind, gibt es kein Erziehungsgeld mehr, sondern Elterngeld. Wie hoch es ist, hängt vom vorherigen Verdienst ab. Denn mit der neuen Leistung will der Gesetzgeber vor allem Berufstätigen die Entscheidung für Kinder erleichtern, die die Arbeit nur kurz unterbrechen wollen.

Wenn Eltern sich die Erziehungszeit teilen, gibt es zwei Monate länger Geld



mehr als 30 Stunden in der Woche oder sie befinden sich in der Berufsausbildung. Auch Adoptiv- und Stiefeltern können Elterngeld beantragen, wenn sie die anderen Bedingungen erfüllen. In Ausnahmefällen, zum Beispiel bei schwerer Krankheit oder Tod der Eltern, bekommen auch Verwandte den Ersatzlohn. Keinen Anspruch haben Pflegeeltern sowie Ausländerinnen und Ausländer, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten.

Wie hoch es ist: Den Arbeitgeber treffen im Rahmen des Nachweises der Anspruchsvoraussetzungen für das Elterngeld die Auskunfts- und Nachweispflichten.

Das Elterngeld liegt bei 67 Prozent des individuellen Nettoeinkommens, das der Elternteil, der das Geld beantragt, in den letzten zwölf Monaten vor der Geburt des Kindes hatte (ohne Miet- oder Zinseinkünfte). Höchstens jedoch 1800 Euro. Davon wird noch ein Zwölftel des Arbeitnehmerpauschbetrags abgezogen: rund 77 Euro. Nicht berücksichtigt bei der Berechnung werden Mutterschaftsgeld, vorheriges Elterngeld oder Monate, in denen eine Frau durch eine schwangerschaftsbedingte Erkrankung weniger verdiente. Ebenfalls nicht einbezogen werden Einmalzahlungen, wie Urlaubs-, Weihnachtsgeld und Erfolgsbeteiligungen.

Wer nicht aufhört zu arbeiten, sondern auf Teilzeit geht, erhält 67 Prozent des ausgefallenen Entgelts. Aber nur bis zu 2700 Euro. Ein Beispiel: Ein Vater hat 3200 Euro netto verdient, verkürzt die Arbeitszeit nach der Geburt seines Kindes und erhält nur noch 2100 Euro. Ersetzt bekommt er nur die Lücke zwischen den 2100 und 2700 Euro. Das Elterngeld beträgt dann 67 Prozent von 600 Euro, also 402 Euro.

Geringverdiener bekommen einen Extrazuschlag. Wer vorher unter 1000 Euro verdient hatte, erhält je 20 Euro, die

sein Einkommen darunter lag, einen Zuschlag von einem Prozent. Wer also 980 Euro verdient hatte, bekommt 68 Prozent ersetzt. Bei 960 Euro sind es 69 Prozent. So geht es weiter bis zu 100 Prozent. Darüber hinaus gibt es ein Mindestelterngeld: 300 Euro erhalten alle, die vor der Geburt weniger als 300 Euro eigenes Einkommen hatten. Das Mindestelterngeld können auch alle in Anspruch nehmen, die vorher nicht erwerbstätig waren, also Hausfrauen oder Arbeitslose.

Bei Mehrlingsgeburten erhöht sich das Elterngeld generell für jedes weitere Kind um 300 Euro. Wenn die Eltern noch ein weiteres Kleinkind unter drei Jahren haben oder mindestens zwei Kinder unter sechs Jahren oder aber ein behindertes Kind unter 14 Jahren gibt es einen Geschwisterbonus: Das Elterngeld wird um zehn Prozent erhöht, mindestens aber um 75 Euro im Monat.

Wann Steuern gezahlt werden müssen: Elterngeld ist steuerfrei. Es unterliegt aber dem »Progressionsvorbehalt«. Das heißt, dass es bei der Ermittlung des Steuersatzes zum Einkommen zugerechnet wird.

Wie es aufgeteilt werden kann: Nimmt nur ein Elternteil die Leistung in Anspruch, erhält er zwölf Monate. Es sei denn, der Partner ist schwer krank oder behindert und kann das Kind nicht betreuen. Alleinerziehenden steht das Elterngeld 14 Monate zu, Paaren, bei denen einer arbeitslos ist, dagegen nur zwölf Monate. Wenn Vater und Mutter eine Auszeit fürs Kind nehmen, gibt es 14 Monate Geld. Das setzt voraus, dass es jeder mindestens zwei Monate in Anspruch nimmt. Die Eltern können die Zeit relativ beliebig untereinander aufteilen. So kann zum Beispiel einer neun Monate nehmen, der andere fünf. Es kann auch jeder sieben Monate wählen, und zwar sowohl nacheinander als auch zur gleichen Zeit. Es muss nur innerhalb der ersten 14 Monate nach der Geburt des Kindes sein. Es sei denn, die Eltern lassen sich nur das halbe Elterngeld auszahlen. Dann können sie es bis 24 oder 28 Monate beziehen.

Wie Eltern sozial abgesichert sind: Es müssen keine Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden. Wer Pflichtmitglied in der gesetzlichen Krankenkasse ist, bleibt beitragsfrei ver-

sichert. Freiwillig und privat Versicherte müssen auch weiterhin ihre Beiträge zahlen.

Was angerechnet wird: Wenn jemand Arbeitslosengeld I oder II, Sozialhilfe, Wohngeld und Kinderzuschläge erhält, wird das beim Elterngeld angerechnet – mit Ausnahme des Mindestbetrags von 300 Euro.

Wann der Antrag gestellt werden muss: Gleich nach der Geburt bis spätestens drei Monate rückwirkend.

Wer den Antrag stellt: Jeder Elternteil kann für sich einen Antrag stellen oder beide gemeinsam. Gemeinsame Anträge müssen beide unterschreiben. Im Antrag legen sie verbindlich fest, wer wie lange Elterngeld beansprucht. Diese Aufteilung kann später nur in besonderen Härtefällen verändert werden.

Wo Elterngeld beantragt werden muss: Das ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich geregelt. In Hessen und Nordrhein-Westfalen sind es die Versorgungsämter, in anderen Ländern Kreisjugend- oder Sozialämter. In der Regel sind es die Behörden, die bisher für das Erziehungsgeld zuständig waren. ◀

Sylvia Koppelberg

TELEFONAKTION

Mehr Fragen? **metall** bietet am 13. März von 16 bis 18 Uhr eine Telefonaktion zum Thema Elterngeld unter der kostenlosen Nummer

0800 – 4 46 38 25

► Juristinnen und Juristen, Experten der Abteilung Gleichstellung beim IG Metall-Vorstand sowie Fachberater der Versorgungsämter stehen **metall**-Lesern unter dieser Nummer Rede und Antwort.

INFOS RUND UMS ELTERNGELD

► **Broschüren der IG Metall:** Ab Anfang März gibt es bei den Verwaltungsstellen die Broschüre »Elterngeld – Neue Chancen für Väter und Mütter« sowie das Faltblatt »Elterngeld – die zehn wichtigsten Fragen und Antworten«.

► **www.familien-wegweiser.de** Auf dieser Homepage des Bundesfamilienministeriums gibt es einen Rechner (► Elterngeldrechner), der Eltern helfen soll, die für sie günstigste Lösung zu finden.

► **www.bmfsfj.de** Hier findet sich eine Liste der verschiedenen Behörden, die in den einzelnen Bundesländern für Anträge aufs Elterngeld zuständig sind (► Elterngeldstellen).

Anzeige



RECHT **so**



metall: Regelmäßig verkünden die Medien, dass der Krankenstand erneut auf dem tiefsten Stand seit Jahren ist. Vermuteter Grund: Die Arbeitnehmer haben Angst vor einer krankheitsbedingten Kündigung. Ist diese Sorge berechtigt?



Jurist Carsten Schuld vom DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Fragen

Carsten Schuld: Leider ja. Einem Mitarbeiter kann gekündigt werden, wenn er lang andauernd oder häufiger kurz erkrankt. Außerdem sind eine krankheitsbedingte dauernde Leistungsunfähigkeit und -minderung Gründe für eine Kündigung. Diese kann auch während einer Krankschreibung zugestellt werden. In manchen Branchen gibt es einen Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer. Aber selbst ihnen kann unter Umständen außerordentlich gekündigt werden.

Entscheidend ist dabei eine negative Gesundheitsprognose: Zum Zeitpunkt der Kündigung müssen objektive Tatsachen vorliegen, die weitere Erkrankungen im bisherigen Umfang vermuten lassen.

Feste Grenzwerte wie die Überschreitung des sechswöchigen Entgeltfortzahlungszeitraums in den vorangegangenen drei Jahren, an denen die negative Prognose festgemacht wird, gibt es nicht. Die Entscheidung über die Sozialwidrigkeit der Kündigung hängt vielmehr stets vom Einzelfall ab.

Die prognostizierten Fehlzeiten rechtfertigen eine Kündigung nur dann, wenn sie die betrieblichen oder wirtschaftlichen Interessen des Unternehmens erheblich beeinträchtigen. So müssen die Ausfälle des Arbeitnehmers zu schwerwiegenden Störungen im Betriebsablauf führen. Auch unzumutbare hohe Lohnfortzahlungskosten, die den Sechs-Wochen-Zeitraum überschreiten, können als Beeinträchtigung gelten. Sind die betrieblichen Interessen durch die Krankheit des Arbeitnehmers erheblich in Mitleidenenschaft gezogen, erfolgt eine Interessenabwägung, ob diese Beeinträchtigungen vom Arbeitgeber zum Beispiel aus sozialen Gesichtspunkten hingenommen werden müssen. Erst wenn diese Prüfung abgeschlossen ist, ist die Kündigung rechtfertigt. ◀

► **Weitere Fragen** rund um den Rechtsschutz? Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

Ruhrfestspiele mit großem Programm

DIE WELT **IM REVIER**

In wenigen Wochen ist es wieder so weit: Die Ruhrfestspiele beginnen. Zum Auftakt am 1. Mai gibt's – wie immer – ein großes Volksfest.

Am 3. Mai hebt sich der Theatervorhang zum ersten Mal. Und bis zum 17. Juni gibt es viel zu erleben – für Freunde des Theaters und alle, die neugierig sind. Spielorte sind die Bühnen der Stadt, ein großes Zelt, der Stadtgarten und viele andere Plätze in Recklinghausen. »Geistiger Patron« des diesjährigen Festivals ist niemand Geringeres als Goethe. An seinen Mut zum Experimentieren und seine Begeisterung für Neues wollen die Theatermacher anknüpfen. Und drei seiner Stücke stehen auch auf dem Programm: der »Faust«, der »Werther« und »Torquato Tasso«.

Routine in Recklinghausen? Nie. Jedes Mal sind die Festspiele anders: ein neues Programm, Schauspieler, die noch nie im Ruhrgebiet gespielt haben, Stücke, die hier noch nicht inszeniert wurden. Auf

61 Jahre schaut das Festival bereits zurück. Die erfolgreichste Saison war die des vergangenen Jahres, als weit mehr als 100 000 Besucher kamen. Nicht mehr nur Kumpel aus dem Bergbau und Gewerkschaftsmitglieder wie in den ersten Jahren nach dem Krieg. Für sie wurden die Ruhrfestspiele ins Leben gerufen. Heute sind die Theatertage im Schatten der (längst stillgelegten) Zechen ein Magnet für Besucher aus der ganzen Republik – und darüber hinaus.

Von Mathe bis Mankell

In diesem Jahr hat Festspielleiter Frank Hoffmann sechs Welturaufführungen und mehrere Deutschland- und Europapremieren auf dem Programm. Zur Eröffnung bringt der englische Starregisseur Simon McBurney das

Meldung



Bücher

Den Neoliberalismus durchschauen

Tag für Tag werden wir zugemüllt mit Worthülsen und Begriffen, die längst nicht mehr bedeuten, was wir eigentlich meinen. »Reformsprech« könnte man das nennen.

Im »ABC zum Neoliberalismus« sind 100 der wichtigsten Stichwörter aufgeführt, die uns ständig begegnen. Von »Agenda« bis »Zumutbarkeit« sind hier alle Begriffe von Experten analysiert und auf ihren wirklichen Gehalt überprüft worden. Der Band ist

in der Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung erschienen – Hilfe im politischen Alltag und Anreiz zum Weiterlesen. Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): »ABC zum Neoliberalismus«. OBS-Schriftenreihe im VSA-Verlag, 2007, 14,80 Euro. ◀

KARTEN ZU GEWINNEN

metall verlost unter den ersten sechs Einsendern, die unsere Frage zu den Ruhrfestspielen richtig beantworteten Tickets für:

► **»Cargo«**

ein Stück mit Menschen und Pferden
Theatre du Centaure aus Marseille

Termin: 31. Mai 20 Uhr

Und hier unsere Preisfrage:

► **In welcher Stadt sind die Ruhrfestspiele zu Hause?**

Die Antwort bitte bis 15. März 2007 senden an:

► **Redaktion Metall**

– Stichwort Ruhrfestspiele –

Wilhelm-Leuschner-Str. 79

60329 Frankfurt am Main

Die Tickets werden rechtzeitig zugeschickt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Foto: Stephané Kossmann

Stück »A disappearing number« auf die Bühne, ein Stück, das sich mit Zahlen und der Magie der Mathematik auseinandersetzt.

Zu den Höhepunkten wird sicher die Aufführung des Musicals »Cabaret« in der Inszenierung des St. Pauli-Theaters aus Hamburg gehören. Liebhaber des schwedischen Autors Henning Mankell können sich auf das Stück »Lampedusa« freuen, in dem Mankell sich nicht als Krimi-Spezialist (»Kommissar Wallander«) zeigt. Vielmehr

stellt er das Drama afrikanischer Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Europa dar.

Und schließlich etwas ganz Besonderes: »Cargo«, ein Stück mit drei Menschen, zwei Pferden und einem Esel in einem ganz besonders schönen Zelt. Eine Mischung aus Theater, hoher Zirkuskunst und Poesie. Erzählt wird eine Dreiecksgeschichte, die – natürlich – von der Liebe handelt, aber auch von der Arbeitswelt und deshalb besonders gut zu den Ruhrfestspielen

passt, wie Frank Hoffmann überzeugt ist. Für »Cargo« verlost **metall** sechs Karten – siehe obenstehender Kasten. Für alle, die mehr über Eintrittspreise,

Spielzeiten, Schauspieler und Stücke wissen wollen: Kartensstelle 02361-9218-0 oder im Netz: www.Ruhrfestspiele.de ◀

Gabriele Prein

Anzeige



Musik

Wilde Rhythmen und sanfte Töne

Das IG Metall-Bildungszentrum Beverungen fördert Kleinkünstler. Jetzt gibt es die Kunst auch auf CD.

Musikanten und Liedermacher, Kabarettisten und Rock-Musiker werden gefördert. Und wovon sich sonst nur die Seminarteilnehmer im Bildungszentrum freuen, können jetzt mehr Interessenten anhören.

Die CD heißt »KulturZeitKultur«. Nichts, aber auch gar nichts habe die CD mit dem

manchmal belehrenden Ton der Polit-Kultur der 70er Jahre zu tun, versichert Schulleiter Werner Kraus. Die Texte sind neu, frisch und lebendig – wie die Musik. Die CD (zwölf Euro) gibt's über das Bildungszentrum WBS, Elisenhöhe, 37688 Beverungen oder die Sonora GmbH, Internet: www.sonora.de. ◀

Monatsrätsel...

Hafenstadt in Marokko	Arbeitnehmerorganisation	Gebetschlusswort	Publikumsliebhaber	französ. Weichkäse	Stand der Aristokratie	Küchengerät kleine Furche	innewohnende Kraft
7			asiat. Land	Lied in der Oper			
			Landungsbrücke			5	
Merkzettel, Kurzmitteilung junger Hund				eur. Strom tatsächlicher Bestand			16
		Fragewort	Fluss in Straßburg				
			seelischer Schmerz				
japanische Währung	Knochenfisch kleines Dachfenster			Hirnstromkurven (Abk.) Südost-Asien			14
gewürzter Rotwein					röm. Zeichen für 2 aus eigenem Antrieb		
Brauch							
8			arabisch: Sohn	Jagdtier			
			Vorbild, Hochziel	Schmiedeherd			11
			Rundfunkgerät				
Gegner Luthers				Teil des Wortes			
kräftig im Geschmack				Abk. f. eine Konto-Nr.			
schmaler Weg	Gewürz				Strichcode (Abk.)		
	Tennisverband (Abk.)				Straße (frz.)		
			dän. Seefahrer f. Autokz. v. Lindau				
				Gattung der Froschlurche			
Hunnenkönig	Lacheffekt im Witz						

Lösungswort Kreuzworträtsel

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und bis 31. März 2007 senden an:

Redaktion metall, Preisträtsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus Dezember 2006: Firmeninsolvenz

Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung wieder

- einen IFA-Gutschein im Wert von 50 Euro, anzurechnen bei Buchung eines IFA-Aufenthalts (keine Barauszahlung).
- Als Extrapreis gibt es:

- ein IG Metall-Taschenmesser
- eine IG Metall-Brotbox

Zusätzlich verlosen wir zwei IG Metall-Fußbälle

Der Zusatzgewinn im Dezember 2006:

Je ein IG Metall-Fußball

geht an: Christine Lang, Hauzenberg Reinhard Kunz, Waldbronn

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

Hauptpreise:



1. Preis: drei Tage für zwei Personen im Appartement Hohe Reuth/OV im IFA-Ferienpark Hohe Reuth ***/Schöneck

2. Preis: Ein original Steiff-Teddy »Petsy«



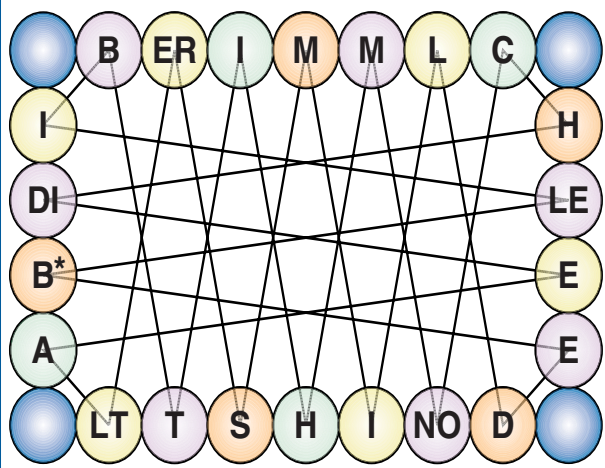
3. Preis: »Der Brockhaus« in einem Band



Drei-Monats-Rätsel...

Teil 3

Zug um Zug



Wenn Sie im Kreis mit dem Sternchen beginnen und dann Zug um Zug den Verbindungslinien folgen, ergibt sich der dritte Teil unseres Drei-Monats-Rätsels.

Lösungsspruch Teil 10 bis 12/2006:

Zu einer schönen Bescherung, braucht man nicht unbedingt einen Weihnachtsmann.

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus Teil 1-2 und 3 auf eine Postkarte schreiben und bis 31. März 2007 einsenden an:

Redaktion metall, Preisträtsel, 60146 Frankfurt

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie einen der drei Hauptpreise gewinnen. Und als Extra: eine ACE-Klubmitgliedschaft für ein Jahr im Wert von 56 Euro.

Die ACE-Klubmitgliedschaft gewinnt: Kerstin Meyer, Bechtheim

Unsere Gewinner des Drei-Monats-Rätsels Teil 10 bis 12/2006

- 1. Preis: Jörg Schwarz, Dautphetal
- 2. Preis: Georg hellweg, Finnentrop
- 3. Preis: Ingo Jungnickel, Dresden

MITGLIEDER WERBEN MITGLIEDER



Auch die Tarifrunde 2007 will die IG Metall wieder nutzen, um Mitglieder zu werben.

In keiner Zeit ist die Organisation so präsent wie in einer Tarifrunde. In den Tageszeitungen, im Fernsehen, auf dem Flugblatt im Betrieb – überall ist zu lesen, was die IG Metall fordert. Es gibt keine bessere Gelegenheit, um Beschäftigten die Vorteile einer Mitgliedschaft vor Augen zu führen und Mitglieder zu werben. Denn



Nur gemeinsam sind wir stark.

metall verlost unter den ersten fünf Metallerinnen und Metallern, die seit 1. März ein Mitglied geworden haben fünf attraktive Preise.



Die Antwort bitte bis 15. März 2007 senden an:

Redaktion Metall

– Stichwort Mitglieder werben Mitglieder –

Wilhelm-Leuschner-Str. 79

60329 Frankfurt am Main

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Schleichend enteignet



Foto: Anja Weber

ULRIKE HERRMANN ÜBER DEN INVESTIVLOHN

Schleichend werden die Beschäftigten enteignet, wie jüngst wieder eine OECD-Statistik zeigte: Zwischen 2000 und 2005 fiel die Lohnquote in Deutschland um 3,1 Prozent – ein absoluter Minusrekord unter allen Industrieländern. Übersetzt: Die deutschen Unternehmer werden reicher, weil ihre Angestellten ärmer werden.

Selbst Boom-Zeiten nutzen den Arbeitnehmern nichts mehr, wie sie selbst am besten wissen. Umfragen ergeben immer wieder das gleiche Bild: So rechnen etwa 70 Prozent der Bundesbürger mit einer guten Konjunktur in diesem Jahr – doch nur 23 Prozent der Deutschen nehmen an, dass sie persönlich von diesem Wachstum profitieren werden.

Solche Umfragen müssen eine Regierung beunruhigen, daher haben CDU und SPD nun den »Investivlohn« wieder ein-

Eine schöne Vision. Aber die Regierung scheint nicht verstanden zu haben, wie Kapitalismus funktioniert. Die enormen Firmengewinne lassen sich nicht einfach umverteilen, indem man die Arbeitnehmer an ihren Firmen beteiligt. In der Realität tobt ein knallharter Kampf ums Volkseinkommen – und wer profitiert, ist eine Frage der Macht und nicht des Verfahrens. Auch mit einer Unternehmensbeteiligung werden die Arbeitnehmer verlieren, so paradox das ist.

Doppeltes Risiko

In Zeiten der Arbeitslosigkeit sind die Unternehmer mächtig. Deswegen sind ja die Reallöhne in den letzten Jahren nicht mehr gestiegen. Sollte nun ein Investivlohn eingeführt werden, können die Firmen die Bedingungen vorschreiben, zu denen ihre Arbeitnehmer Kompagnons werden dürfen. Der Deal ist abzusehen: Lohnverzicht gegen Unternehmensbeteiligung. Für die Arbeitnehmer ist das ein Nullsummenspiel – im besten Fall. Denn sie müssten mit einem doppelten Risiko leben. Schon immer waren sie der Gefahr ausgesetzt, dass sie ihre Stelle verlieren, wenn die Firma rationalisiert oder gar Bankrott anmelden muss. Neben diesem Arbeitsplatzrisiko würden sie auch noch das unternehmerische Risiko tragen, wenn die Gewinne nicht so üppig ausfallen wie prognostiziert. Sie tauschen die Sicherheit ihres Lohns gegen die Unsicherheit möglicher Verluste.

Es sprengt eine Gesellschaft, wenn selbst in Boomzeiten nur noch die Minderheit der Unternehmer profitiert. Dies gefährdet eine Demokratie, die doch letztlich darauf gründet, dass alle Bürger die gleichen Chancen haben sollen. Umverteilung ist also nötig, das hat die Regierung richtig erkannt. Aber noch hofft sie, dass sie diesen mühsamen Kampf für mehr Gerechtigkeit umgehen kann, indem sie mit rhetorischen Knallschoten wie dem »Investivlohn« umher wirft. Doch damit unterschätzt die Regierung die Intelligenz ihrer Bürger. CDU und SPD arbeiten heftig daran, sich selbst überflüssig zu machen. Schließlich werden sie als Volksparteien verstanden – und nicht als Klientelpolitiker für Unternehmer. ◀

Aktionär müsste man sein. Staunend verfolgen die Beschäftigten, wie die Börsenkurse ihrer Unternehmen in die Höhe rauschen. Allein im letzten Jahr ist der Dax um glatte 22 Prozent gestiegen. Schließlich sprudeln die Konzerngewinne kräftig. Seit dem Jahr 2000 haben sie sich etwa verdoppelt. Von diesen Zuwächsen können Arbeitnehmer nur träumen, denn im letzten Jahr reichten die Gehaltserhöhungen noch nicht einmal aus, um die Inflation auszugleichen.

mal für sich entdeckt. Seit den 50er Jahren wird dieses Konzept gelegentlich hervorgeholt, weil es zunächst so logisch klingt: Die Arbeitnehmer müssen sich eben zu Unternehmern wandeln, wenn die Firmengewinne steigen und die Gehälter sinken. Die Details beim »Investivlohn« sind zwar noch unklar, aber irgendwie sollen die Beschäftigten an ihren Firmen beteiligt werden. Überspitzt formuliert, soll der Klassenkampf künftig also entfallen, weil es nur noch die Klasse der Unternehmer gibt.

Zur Person

Bankfrau und Korrespondentin

Ulrike Herrmann, 43, ist ausgebildete Bankkauffrau, anschließend studierte sie Wirtschaftsgeschichte und Politik. Sie hat das Ressort »Wirtschaft und Umwelt« der »tageszeitung« (»taz«) geleitet und ist jetzt wirtschaftspolitische Korrespondentin der Zeitung.

